

In diesen Protestversammlungen gegen die Ruchtausborslage waren die Professoren nicht zu sehen — so werden, daran zweifeln wir nicht, sich die intelligenteren, klareren und ehrlicheren von ihnen allmählich zu uns bekehren.

An die Versammlungen, die wieder ein erhebendes Zeugnis für die sichere politische Reife und den unverwundbaren Idealismus der Arbeiterklasse waren, schließt sich jetzt eine papierne Hölle von seltenem Humor. Es ist die Verästelung, die von der bürgerlichen Presse den Versammlungen gewidmet wird. Die grenzenlose Enttäuschung kommt in den tollen Widersprüchen der verschiedenen Berichte, die in allen Haltungen schlüssig, zum ergößlichsten Ausdruck.

Den Vorrang unter den „Stimmen“ der Presse wollen wir der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gönnen, die an der Spitze des Blattes in offiziellem Sprechdrud bedient:

Es wird allgemein berichtet, daß der Eindruck, den die ersten, sachlichen und wissenschaftlich wohlbegründeten Ausführungen der zahlreichen Opponenten auf die durchweg aus Socialdemokraten bestehende Zuhörerschaft machten, ein sehr starker gewesen ist. Konnte und sollte natürlich kein außerordentlich und praktischer Erfolg erzielt werden, so ist nicht zu bezweifeln, daß die **daarnde Nachwirkung eine überaus weitgehendere und tiefere sein wird, als die sozialistische Parteipresse und ihre Führer zur Zeit zuzugeden oder einzuschätzen geneigt sein werden.** Wir werden auf einzelne der Versammlungen noch näher zurückkommen.

Wenn das „weitere Zurückkommen“ in dem gleichen weltpolitischen Phantasiefeld gehalten sein sollte, so werden wir noch die überraschenden Entdeckungen zu hören bekommen.

Ganz anders faßt die „Post“ die Angelegenheit auf, die mit dem Geschäftsinfluß der Marine-Interessenten wittert, daß der Eindruck, den unsere Versammlungen im Lande hervorgerufen werden, die Ausichten des Flottenauftrags nicht gerade verbessert, und die darum wüthend die Professoren anfaßt:

Der Vorschlag der socialideologischen (der Wendern ein Socialideologie!) Gruppe Berliner Professoren, mit ihnen ein Rednerüber die Flotte abzuhalten, ist von den Socialdemokraten beunruhigt abgelehnt worden. Jetzt haben diese Professoren versucht, ihre Absicht dadurch zu erreichen, daß sie in den gestern abgehaltenen socialdemokratischen Protestversammlungen gegen die Flottenverfälschung als Opponenten auftraten. Professor Schmöller hat zwar nach dem Grundsatz geäußert, daß Vorrang der bessere Teil der Papierwelt ist, aber Professor Wagner, Professor Delbrück und andre Gefinnungsgenossen sind zu den Socialdemokraten gegangen, und selbst Professor Sombart ist zu diesem Zweck aus Breslau herbeigekommen. Obwohl dieses enfant terrible der extremsten Kathedersocialisten nicht davor zurückgeschreckt ist, den Socialdemokraten die Flottenverfälschung mit dem Argument unbillig gemacht zu wollen, daß die Flotte nicht wie das stehende Heer auch gegen den inneren Feind verwendbar sei, haben die **professoralen Unternehmungen überall glänzend Mißfolge gemacht.** Die socialdemokratischen Protest-Resolutionen sind trotz der Gegenrede der Herren Wagner, Delbrück und Genossen überall einstimmig oder nahezu einstimmig angenommen worden. Das war vorauszusetzen; wie nur einmüthig mit der Natur der socialdemokratischen Bewegung und ihrer Wirkung auf die Massen vertraut ist, mußte sich vorher sagen, daß der Versuch mit professoralen Reden Eindruck zu machen, eines glänzenden Mißerfolgs sicher sein würde. Gleichwohl ist es ganz gut, daß dieser Versuch mit unangenehmen Mitteln unternommen worden ist. Es ist zwar nicht anzunehmen, daß die beteiligten Socialpolitiker sich durch die Erfahrung belehren lassen werden, dazu ist die **Stärke dieser Herren viel zu groß**, aber der Vorgang zeigt doch wieder einmal mit der erwünschtesten Deutlichkeit, wie wenig unsere Socialphantaften auf den Lehrestühlen der Hochschulen von dem Wesen der Socialdemokratie und der absoluten Herrschaft, welche diese über die im Vornam ihrer Propaganda bestüblichen Massen ausübt, verstehen, wie wenig sie in Wirklichkeit von den Dingen wissen, über welche sie so salbungsvoll zu theoretisieren lieben. Das ist besonders nützlich in einem Augenblick, wo es den Anschein gewinnt, als hinge man zur Lösung wieder einmal an die kathedersocialistischen Theorien für ihre Mängel zu halten. Ohne Zweifel hat auch das Vorgehen jener Professorengruppe der Sache der Flottenverfälschung selbst geschadet. Den socialdemokratischen Protestversammlungen ist durch ihr erfolgloses Auftreten ein Relief verliehen worden, dessen sie sonst entbehrt haben würden. Das ist ja eine Wahrnehmung, die leider jetzt nur zu oft zu machen ist. Die **Flotten-Professoren schaden durch ihre Unkenntnis der realen Mächte nur zu oft mehr, als sie nützen**; man braucht bloß an die thörichtesten Ausführungen des Prof. Vrentano in München zu erinnern, welcher im Zusammenhang mit der Flottenverfälschung die Aufhebung der Getreidezölle fordert, während die ganze deutsche Landwirtschaft in einer Erhöhung derselben nach Ablauf der Handelsverträge

die Vorbedingung für ihre gedehliche Fortexistenz erblickt. Es ist nur zu natürlich, daß solche professorale Aeußerungen in den Reihen der Landwirte verwirrend und abschreckend gewirkt hat. Es ist im Interesse der erfolgreichen Durchführung des Flottenplans und zur Vermeidung von vielleicht verhängnisvollen Fehlern daher gut, daß die **Wertlosigkeit der professoralen Mißsprache** deutlich an den Tag tritt... je mehr Anzeichen dafür vorliegen, daß mit der Flotte der **Flottenbegeisterung socialphantasische Konterbande** gedeckt werden soll.

Wie über das Ergebnis der Versammlungen, so sind sich die Blätter auch über ihren Verlauf sehr uneinig. Während die einen, der Wahrheit gemäß, hervorheben, wie würdig das Verhalten der Arbeiter gewesen, fabeln die andern von Johlen und sonstigem Lärm. Die Kruppischen „Neuesten Nachrichten“, die den Herrn v. Halle hochhaft und hartnäckig Kalle nennen — wozu hat sich der brave seines ehrlichen Namens Levy entäußert, wenn er im hebräischen Dialekt verbleiben soll — erzählen z. B.:

Am übrigen zeigte es sich hier, daß die Socialdemokraten, wenn sie auch „Volks“-Versammlungen betreiben — Professor Wagner erklärte eingangs seiner Rede, daß er sich als Gelehrter zum Volks- zählte — die Meinungen Andersgefügter nicht hören wollen; minutenlanges Lärm und Pfeifen ununterbrochen wiederholt die Ausführungen des Redners, der aus diesem Grunde vorzeitig schloß.

Vorzüglich! Adolf Wagner hatte 1 1/2 Stunden gesprochen. — Die Blätter der Nation, die deutschen Studenten, welche die Heineke-Versammlung zu überumpeln versucht hatten — diese Herren Akademiker waren die einzigen, die nach Rabau strebten — stüßten sich naturgemäß mit einem ausfälligen Verzicht zum Ritualmorbidiat, der „Staatsbürger Jg.“, die im übrigen ein Haas der — socialdemokratischen Redner konstatiert. Dagegen betont die „Volks-Zeitung“, daß den Flottenfeinden überall volles Redefreiheit gewährt wurde und ihre Reden allgemein mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen wurden:

Es ging in allen Versammlungen ruhig und sachlich zu, mit Ausnahme des 3. Wahlkreises, wo die „nationalen“ Studenten in den Arminhallen Zutritt machten, offenbar, um gegen den socialdemokratischen Redner Heineke, das frühere Mitglied des Vereins deutscher Studenten, zu demonstrieren.

Weiter schreibt die „Volks-Zeitung“: Der ruhige und gemessene Wortlaut der Resolution nicht vortheilhaft ab gegenüber der maßlosen Sprache der Wasserpatrioten. Es hätte den Flottenfeinden, die sich in den Versammlungen mit ihren schwächlichen Argumenten vorwagten, von vornherein klar sein müssen, daß sie damit bei dem gesunden Sinne der politisch geschulten Berliner Arbeiter kein Glück haben würden. Hätten die Herren, die gestern vergeblich bemüht waren, die Arbeiter von ihren leugnenden Anschauungen abzubringen, mehr Fühlung mit den Arbeiterkreisen und verstanden sie es besser, in der Seele der Volksschichten zu lesen, die von den indirekten Steuern zur höheren Ehre des Land- und Wasser Militarismus am schwersten bedrückt werden, sie hätten sich die Zeit und Mühe sparen können, die sie aufgewendet haben, um gründlich Mißfolge zu machen.

Erwähnt sei schließlich noch, daß der Bericht des Wolffschen Bureau von sehr tendenziöser Inhaltlosigkeit ist. Dürfte das Bureau Weisbroders nicht telegraphieren, welches wirkliches Ergebnis die Versammlungen hatten? Die Wahrheit wird dadurch nicht erschüttert, daß sie vom offiziellen Telegraphenbureau verschwiegen wird. Und diese Wahrheit ist: Die imposanten Versammlungen der Berliner Arbeiterschaft bedeuten die wichtigste und wirksamste Kundgebung gegen die wüste Flotten- und Weltpolitik. Sie haben die geistige und sittliche Ueberlegenheit der Weltanschauung des Proletariats über die gefährlichen Utopien der herrschenden Klassen und ihrer „Intellektuellen“ in einem eindringlichen Beispiel wiederum bewiesen.

Centrums-Sträuben.

Wenn auch die Thatsache, daß Dr. Schädlers, der Abgeordnete aus Bayern, der gegen das Flottengesetz von 1898 stimmte, als Redner des Centrums für die erste Lesung des neuen Milliarden-Gesetzes bestimmt wurde, durch Zufälligkeiten — Erkrankung Dr. Hübners — mit bedingt worden ist, so schien sie doch von vornherein auf eine wenig günstige Stimmung in Centrumskreisen gegenüber dem allernächsten Flottenplan zu deuten. Und wirklich enthält die Rede Dr. Schädlers so scharfe Worte gegen die Regierungsvorlage, wie sie kaum mehr von dem seit Jahren zur Flotte bekehrten Centrum erwartet werden konnten. Trohdem wäre es sicherlich sehr voreilig, aus den Einwendungen und „gewichtigen Bedenken“, die Herr Schädlers in zwar nicht Lieberschen, aber doch auch ansehnlich breitem Pathos vor-

brachte, die Chancen des Flottengesetzes sehr niedrig einzuschätzen. Auch Herr Schädlers versteht die übliche Centrumskunst, in erster Gesetzeslesung Absichten des Entgegenkommens unter starken Worten scheinbarer Ablehnung zu verhehlen.

Der Centrumsredner erklärte sich gegen eine **Welt- und Weltpolitik**, wie sie schon der Vorgänger des Admirals Tirpitz angekündigt hatte. Es sei unmöglich, führte er aus, daß Deutschland, eine erste Landmacht, auch eine erste Seemacht sein könne. Auch andere Staaten würden in ihren Rüstungen fortfahren, so daß wir schließlich doch nicht gegen sie auftreten können.

So dies eine, dies verständige Wort des Herrn Dr. Schädlers. Das andre Wort des Herrn Kling aber ganz anders: Geviß, wir wollen eine „starke Flotte“ haben, wir sind bereit, an dem Ausbau der Flotte teilzunehmen! Doch hier ein Wort das andre tothschlägt, geht über Centrumslogik.

So war denn der Satz, in dem Herr Dr. Schädlers die Anschauungen seiner Partei zum Flottenplan zusammenzufassen versuchte, ein edles Centrumsprodukt, aus dem jeder sich, je nach dem Grade seines Vertrauens oder Mißtrauens zur Centrumpartei, etwas Verschiedenes herausdestillieren konnte. Seine sämtlichen politischen Freunde, erklärte Dr. Schädlers, seien für das Gesetz „in der Form und in dem Umfang, wie es vorliegt, nicht zu haben“. Von der Form gar nicht zu reden: man ändere den Umfang der Regierungsnovelle um einige Unbedeutendheiten, man mindere die Forderungen hier etwas und dort etwas, ist dann das Centrum bewilligungsbereit? Der Wortlaut des Herrn Dr. Schädlers läßt alle Möglichkeiten offen; er kann bedeuten, daß das Centrum nur ein wenig mehr bewilligen will als das jetzige Flottengesetz festsetzt; er kann bedeuten, daß die Regierung nur einige geringfügige Abstriche zu machen braucht, um die Stimmen des Centrums zu erlangen.

Und nicht bestimmter waren die Aeußerungen des Centrumsredners über die Kostenfrage, die das Centrum in den Vordergrund des Flottenstreites stellen will. Keine Belastung des kleinen Bauern und Arbeiters sei die Vorbedingung jeder Bewilligung für die Flotte, erklärte Dr. Schädlers. Aber er sprach immer nur davon, daß neue Steuern, die jene Schichten belasten, vom Centrum nicht gebilligt werden würden. Daß weiterhin aus den volksbedrückenden indirekten Steuern und Zöllen Kriegsschiffe gebaut werden sollen, soweit das Wachstum dieser Reichseinnahmen in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs es erlaubt, dagegen hat Herr Schädlers kein Wort gesagt. Das Centrum will zwar ein möglicherweise zu befürchtendes neues Steuer-Unrecht vermeiden, aber an dem wirklich bestehenden und sich notwendig steigenden Steuer-Unrecht schießt sich die Scheinmelung des Centrums für die Interessen der arbeitenden Klassen schon vorüber.

Auch darüber hat Dr. Schädlers nichts vorgebracht, welche Art Steuern seine Partei, falls die laufenden Reichseinnahmen nicht zureichen, für Marinevermehrungen einzuführen gedenkt.

Nun, das Centrum sträubt sich gegen die ungeheuerlichen Zuntungen der Regierungsvorlage, es sträubt sich heftiger dagegen, als es bei der Beratung des letzten Flottengesetzes geschah. Doch in all seinem Sträuben läßt es den Ministern Regirs die Hoffnung baldigen, vielleicht völligen Entgegenkommens.

Das preussische Abgeordnetenhaus

erledigte am Donnerstag den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung. Bei dem Kapitel „Gewerbliches Unterrichtswesen“ entpinn sich eine sehr lange, aber wenig ergiebige Debatte über die Fortbildungsschulen. Ob es sich empfiehlt, obligatorischen Fortbildungsschulunterricht gesetzlich festzulegen, oder ob der fakultative Unterricht bessere Resultate ergibt, darüber herrscht in den Reihen der Freistügigen, die die Frage anschnitten, selber Uneinigkeit. Abg. Nestor Kopisch trat warm für den obligatorischen Unterricht ein, während der Abg. Dr. Langens den jetzigen Zustand verteidigte. — Nach Erledigung einiger kleinerer Etats wurde die Sitzung auf Freitag, 12 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht der Justizetat.

Deutsches Reich.

Eine neue Hofseite. In ausführlichem Bericht schildert der „Reichs-Anzeiger“ die Vorstellung und Vereidigung des neuen Erzbischofs von Köln Dr. Sivar, bisherigen Bischofs von Baderborn, vor dem Kaiser. Es war dazu ein glanzvoller Akt vorbereitet worden, Minister und großes Gefolge wurden im Mitteraal des Schlosses versammelt und es erfolgte höchst feierliche und schwungreiche Rede. Nachdem der Erzbischof den Eid geleistet, in dem die Versicherungen der Treue zum Landesherren einen breiten Raum einnehmen, ergriff der Kaiser das Wort. Er sagte u. a.:

„Ich bin der Zuversicht, daß Sie wie in dem bisherigen, so nunmehr in dem großen Wirkungskreise mit voller Hingebung die Ihre oberhirtlichen Leitung anvertrauten Diözesanen in allen christlichen Tugenden unterweisen, insbesondere aber den Geist der Ehrlichkeit und der Treue gegen mich und mein Haus pflegen werden. Ihre Aufgabe wird es sein, die treuen Glieder Ihrer Kirche zugleich zu guten Bürgern und Patrioten zu erziehen. Ihre oft bewährte lokale Gefinnung giebt mir das Vertrauen, daß Sie auch Ihr neues Amt mit gleichem Segen für Staat und Kirche zu führen wissen werden.“

Sei Ihnen Gottes Gnade dazu befohlen! — Unires Wissens sind solche Gelegenheiten noch niemals zu kaiserlichen Reden benutzt worden. Wenigstens hat das amtliche Organ nichts davon berichtet. Es ist aber durchaus zu bewillkommen, daß die Öffentlichkeit erfährt, wie der Kaiser über die Aufgabe des Erzbischofs denkt. Die Kirchenhirten soll in allen christlichen Tugenden unterweisen, insbesondere aber sollen sie die Treue zur Dynastie der Hohenzollern pflegen. So reicht sich Staat und Kirche die Hand.

Die Flottenprofessoren unter Polizeischutz. Bei den Mittwoch-Protestversammlungen in Berlin wurden die Säle zum Teil auffällig früh, und ohne daß ein ersichtlicher Grund vorhanden war, von der Polizei abgesperrt. Das geschah u. a. auch mit Kellers Festhallen, wo Webel sprach. Von einem der Besucher dieser Versammlung wird uns erzählt: Als ich mit einigen Freunden eintreten wollte, hielten Schutleute mich zurück mit den Worten, das Lokal ist abgesperrt. Wir mußten wohl oder übel draußen bleiben, und ich war nach einigen Minuten schon im Begriff wegzugehen, als ein Schutmann plötzlich auf uns zulam und sagte: „Sie können eintreten, jetzt tritt Professor Wagner!“ Er hatte uns offenbar für Studenten gehalten, die dem Herrn Professor pflichtschuldigst als Chorus dienen würden. Der Schutmann hatte jedoch sich geirrt. Webel sprach noch und wir hätten auch nach einer Stunde noch Zeit gehabt, zuzuhören, wie ein deutscher Professor sich diamantierte.

Die armen Flottenprofessoren! Nicht einmal der Polizeischutz kann ihnen helfen. Da ist wirklich Hopfen und Malz verloren.

Der Papier-Sturm. In den Flugschriften, die der Flottenverein verbreiten wird, gehört u. a. eine Abhandlung von Hans Hartmann über das Thema: „Warum hat jedermann im Volk ein Interesse an einer starken deutschen Flotte?“ Das Geseh, das in

lehren Kreisen an, wurde von Broca zum Mitglied der Redaktion der „Revue d'Anthropologie“ berufen, und andererseits machte er die Bekanntschaft des proletarischen Vorkämpfers Larin, durch dessen Vermittelung er in einer Pariser Sektion der Internationalen aufgenommen wurde. Während der Belagerung von Paris lebte er in der Hauptstadt, die Entbehrungen der belagerten Bevölkerung teilend. Und als der Kommune-Kaufmann ausbrach, bot er der Kommune-Regierung seine Dienste an zum Zweck der Umgestaltung des Unterrichtswezens. Anfang Mai 1871, als die Lage der Kommune kritisch wurde, beistoh L. sich an den Generalrat der Internationale um Unterstützung des proletarischen Aufstandes zu wenden. Den eisernen Ring der Versailleser Truppen mit Hilfe eines russischen Passes durchbrechend, ging er zu diesem Zweck zunächst nach Brüssel und dann nach London. Aber dieser Versuch war erfolglos. Die Kommune war Ende Mai im Winte von 35 000 Proletariern ersicht, und die Internationale war zu schwach, um wirklich helfend einzugreifen. Lawroff konnte nur die Kommune retten durch seine ebenso feine wie gründliche Studie über die „Bewegung des 18. März“.

Der weitere ähtere Lebensgang Lawroffs weist keine dramatischen Epochen mehr auf. Das biographische Interesse konzentriert sich in der geistigen Entwicklung des Denkers und in seiner revolutionär-propagandistischen Thätigkeit.

Das Jahr 1873 verbrachte er in Zürich, von 1874—1877 lebte er in London, 1877 ließ er sich in Paris nieder, wo er mit einigen Unterbrechungen bis zu seinem Tode verblieb.

Von 1873—1876 gab er die berühmte „Revue d'Anthropologie“ („Vorwärts“) heraus, die schon vor 25 Jahren das Banner des proletarischen Socialismus in Rußland entfaltet und als Träger desselben die arbeitenden Klassen in Stadt und Land proklamirte. 1876 bis 1880 tritt eine Pause in der unmittelbar revolutionären Thätigkeit L.'s ein. Er schied unter verschiedenen Pseudonymen wissenschaftliche Abhandlungen für die loyalen russischen Revuen und hielt in Paris Vorlesungen über philosophische und sociologische Fragen. Jedoch ist hervorzuheben, daß er 1881 sehr energisch und erfolgreich für die Nichtanerkennung des russischen Terroristen Hartmann durch die französische Regierung wirkte und thätigen Antheil nahm an der Organisation der ausländischen Sektion des „Kommunisten-Kreuzes“ der „Kardonaia Wolja“ (Volkswille). Diese letztere Thätigkeit zog ihm die Ausweisung aus Frankreich zu (Februar 1882). Die übrigen ihn nicht hinderte, etwas später nach Paris zurückzukehren.

Während seiner zeitweiligen Abwesenheit von Paris trat er (von London aus) in Beziehungen mit dem glorreichen Exekutiv-Komitee der „Kardonaia Wolja“, deren Thätigkeit zu unterstützen er für die Pflicht jedes aufrichtigen Socialisten hielt. Von 1883 bis 1886 war er Mitredacteur der „Revue d'Anthropologie“ („Vorwärts“) („Worte des Volkswillens“), die in Genf erschien. Und als sein Redaktionskollege, L. Tichomiroff, zum Verrathen wurde, trat er

gegen ihn auf im „Brief an die Genossen“, dessen mäßige Ausdrucksweise desto schärfer den für Tichomiroff vernichtenden Inhalt hervor-treten ließ.

1892—1898 nahm L. thätigen Antheil an der Herausgabe der „Beiträge zur Geschichte der russischen socialrevolutionären Bewegung“, die von der „Gruppe der alten Anhänger der „Kardonaia Wolja“ veröffentlicht wurden. Er schrieb für diese „Beiträge“ eine Skizze über die Periode des „Vorwärts“, deren bemerkenswerte Unparteilichkeit auf der gleichen Höhe mit deren wissenschaftlicher Gründlichkeit steht.

Zusbesondere ist hervorzuheben die innerlich zusammenhängende Reihe von Studien über die Geschichte des kritischen Gedankens, an denen er seit 30 Jahren arbeitete und die er unter verschiedenen Titeln, zuletzt in seinem Bloß bis zum dritten Band gedruckten „Versuch einer Geschichte des Gedankens der Neuzeit“ zusammenfaßte. Das ist sein eigentliches strengwissenschaftliches Lebenswerk, welches sowohl seine encyclopädischen Kenntnisse wie die Tiefe seines philosophischen Denkens offenbart.

Lawroff war eine reich begabte Natur, deren unterscheidendes Merkmal in der harmonischen Einheitlichkeit seiner Anschauungen und seines Lebens besteht. Er wirkte nicht nur durch die Fülle seines Geistes, sondern auch durch das hehre Beispiel seiner Thätigkeit. Der Tod raffte ihn weg mitten in seiner Arbeit. Er war gerade daran, die letzten Seiten eines neuen Buchs zu schreiben, als ihn der Schlagfluß traf. Und bereits ans Totenlager geföhrt, mitten in der herantretenden Annäherung seiner hohen Intelligenz, zeichnete seine Hand noch immer imaginäre Zeilen in der Luft.

Alle, die ihn näher kannten, mußten ihn lieb gewinnen. So bezaubernd war der Eindruck dieser mächtigen Figur, dieser eine hohe, fastlose Stirn umrahmenden Silberhaare, dieses silberbarten eines Patriarchen, des lebhaften, durchdringenden Blickes dieser Augen, die einen hinter den Brillen gutmüthig und zugleich schon anblickten, dieser edlen und breiten Gesten und insbesondere seiner stimmungsvollen und überzeugenden Reden.

„Rebet würdig und kämpft tapfer!“ das waren die letzten Worte des unerwählichen Kämpfers, der sein Leben lang gegen zwei große Feinde kämpfte: gegen den die Volkssäfte ausaugenden Kapitalismus und den ganz Rußland in Fesseln schlagenden Absolutismus.

Seine revolutionären Freunde dürfen mit Recht den ins Grab sinkenden Peter Lawroff mit den energischen Versen des französischen Dichters beehren:

Et le mort immortel marche avec les vivants.
(„Und der unsterbliche Tote kämpft mit den Lebendigen fort.“)

Im Auftrag der
„Gruppe der alten Anhänger der Kardonaia Wolja“.
A. Tarassoff.

Paris, 6. Februar 1900.

Am 1887 kamen die Kosaken und spielten die Sänglinge an
der Rittersbrust auf. Jetzt erhalten wir schaurige Bilder, wie die
Engländer und die Lebensmittel abperren, daß wir elendiglich ver-
hungern müssen. Wer giebt das Geld für die Fabrication dieser
Kindererben her? —

Die Seerjungfern. Der Vorstand des Allgemeinen deutschen
Frauenvereins, der im Vorjahr für den Weltfrieden eine Kund-
gebung veranstaltete, erklärt jetzt — Abwechslung muß sein! — einen
begeisterten Aufruf zu Gunsten der Flotte.

Frühe Damen — diese bürgerlichen Frauenrechtlerinnen! Oder
sind sie auch von dem Aberglauben der „Freiwilligen Vereinigung“
angehebt, daß sie auf diese Weise regierungsfähig werden könnten!
Da müßten sie schon einige Kundgebungen gegen den Unsturz und
für Kirchenbauten nachfolgen lassen, und auch das wird ihnen nicht
helfen!

Interessante Streiflichter auf unsere Rechtsprechung wurden
in einer Verhandlung geworfen, die am Dienstag vor der Straf-
kammer des Königsberger Landgerichts stattfand. Es hatte sich
wie uns aus Königsberg geschrieben wird und wie in der
vorigen Nummer bereits gemeldet, der Verleger Matutz des social-
demokratischen Agitationskalenders „Ostpreussischer Landbote“ für 1899
wegen Verleumdung des Herrn Graf zu Dohna-Wundloden, Graf
von Lindow-Ström-Korladen, Geh. Regierungsrat Reich-
Wentz und Freiherr von Zettow-Zolls nochmals zu verantworten.
Das Reichsgericht hatte ein früheres Urteil deselben Gerichts soweit
aufgehoben, wie der Angeklagte von Strafe freigesprochen wurde,
weil er wegen des Kalenders schon einmal verurteilt ist.

Der Staatsanwalt wollte den Angeklagten, der aus dem Gefängnis
vorgeführt wurde, wo er drei Strafen von insgesamt neun Monaten
verbüßt, mit zwei Monaten Gefängnis Zusatzstrafe bedacht wissen,
trotzdem Matutz bei Vernehmung der zur Aburteilung stehenden Straf-
that noch unbestraft war. Das Urteil lautete auf eine Zusatzstrafe
von einem Monat Gefängnis und Publikationsverbot für die
Verleumdungen in einer ganzen Anzahl Blätter.

Durch den Verteidiger, Rechtsanwalt Hugo Haase, wurde in
der Verhandlung die interessante Vorgeschichte des Prozesses,
die in ihren Einzelheiten noch nicht ganz bekannt war, aufgedeckt.
Aus den Akten wurde festgestellt, daß am 9. Januar 1899 vom
Vorstand der ostpreussischen Landwirtschaftskammer Strafantrag ge-
stellt wurde. In dem Schreiben war ausgeführt, daß die vier
unterzeichneten Vorstandsmitglieder persönlich den Strafantrag
zu dem Urtheil machten, wenn vom Gericht der Vor-
stand der Landwirtschaftskammer nicht für genügend legitimiert
zur Stellung des Strafantrages erachtet werden sollte. Wie
der Verteidiger, ohne Widerspruch zu finden, feststellte, hat sich
der Erste Staatsanwalt Heyner nicht veranlaßt gefühlt,
in der Angelegenheit etwas zu thun. Monate vergingen. Da
schlug im Herrenhause Graf Lindow-Ström Körn, weil Polizei
und Gericht in Königsberg nicht auf dem Posten seien. Der
Justizminister nahm den Staatsanwalt ausdrücklich in Schutz;
derselbe thue im vollen Umfange seine Pflicht, wie ver-
schiedene hohe Strafen gegen die „Vollstreckung“ zeigten, gegen
den Kalender sei nichts zu machen, da derselbe mit inoffizieller
Geschwindigkeit abgehakt sei. Wieder verging einige Zeit;
plötzlich, wenige Tage vor Eintritt der Verjährung, veranlaßte der
Staatsanwalt die erste richterliche Handlung, die am 23. Juni
vorgenommen wurde, also 5 1/2 Monate, nachdem der Straf-
antrag gestellt war. In der Polenz mit dem Verteidiger
entschloßte dem Staatsanwalt das Eingeständnis, daß allerdings
längere Zeit Zweifel bestanden haben, ob ein Verfahren
gegen den Angeklagten rechtlich zulässig sei.

Die die folgenden Vorgänge gezeigt haben, sind diese Zweifel
überwunden. Welche Einflüsse mögen dazu beigetragen haben?

Das Befinden des Abg. Dr. Lieber bietet keine Hoffnung
auf Genesung mehr. Die „Germania“ bezeichnet seinen Zustand als
„im höchsten Maße besorgniserregend“.

Die diesjährige Volkszählung wird am 1. Dezember statt-
finden. Die Einwurfe für die Zählung haben bereits dem Bundes-
rat vorgelegen. Derselbe übertrug in seiner Sitzung am Donnerstag
die Vorlage betreffend die Entwürfe für die Volkszählung, die land-
und forstwirtschaftlichen Aufnahmen und die Vornahme einer Vieh-
zählung im Jahre 1900 den zuständigen Ausschüssen, ebenso die
Vorlage betreffend einen Gesetzentwurf über die militärische
Strafrechtspflege im Rheinisch-Westfälischen Gebiete.

Zum Präsidenten der Verhandlung ist der Geh. Oberfinanz-
rat Havenstein ernannt worden.

Die Reichshöhe in Bayern. Die „Münchener Post“ schreibt:
„Auch zu Weimar. Das Kultusministerium hat an die
Universitäten, Gymnasien und Regierungen einen Erlaß hinaus ge-
geben, wonach künftig nur am Namens- und Geburtsfest des
Königs-Regenten, Namens- und Geburtsfest des Königs
Otto und am Fronleichnam offiziell gefeiert werden soll.
— Eine ähnliche Entschloßung soll auch von den übrigen Civil-
ministern erlassen worden sein. — Die „Münchener Neuesten
Nachrichten“ sind darüber untröstlich und beabsichtigen, nach Preußen
auszuwandern.“

Regentenbeleidigung. Der 62 Jahre alte Schneider Joseph
Zwad in München wurde am 14. Dezember beim Vortritt be-
troffen und zu zwei Tagen Haft verurteilt. Da nach Abschaffung
seiner Strafe seine Ausweisung aus München erfolgte, sieht er sich
Kerker hierüber gegen die Person des Prinzregenten und
den Polizeifunktionär Grömmel beleidigende Aeußerungen aus,
was mit zwei Monaten Stadelheim gestraft wurde.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Von der Verständigungskonferenz. In der am Mittwoch
stattgehabten ersten Sitzung der böhmischen Abteilung der
Verständigungskonferenz teilte der Ministerpräsident mit, daß die
deutschböhmische Abgeordnetengruppe gegen die Einführung einer
zweiten Landesprache im Czechen und Sclav Gebiete Verwahrung
eingelegt habe; sodann wurde die Regelung der Sprachenfrage bei
den autonomen Behörden Böhmens besprochen. Die Konferenz be-
schloß die Einsetzung eines Subkomitees zur Erörterung der
Frage, aber die keine Einigung erzielt worden. Die nächste
Sitzung der böhmischen Abteilung, in welcher die Landtags-
wahlreform in Böhmen besprochen werden wird, findet am Freitag
statt.

England.

London, 8. Februar. Unterhaus. Parlamentssekretär des
Kriegsamt Lord Roberts stellt fest, daß 2283 Offiziere und Soldaten
seit Beginn des Krieges vernichtet wurden. Die Regierung wisse
nicht genau, wie viele davon sich als Gefangene in Pretoria be-
finden.

Unterstaatssekretär des Reichens Brodrick erklärt, in der Zusam-
menkunft zum Clayton-Bulwer-Vertrage, welche am 6.
d. M. in Washington unterzeichnet wurde, und welche er hier auf
den Tisch des Hauses niederlege, sei von Kompensationen nicht die Rede
gewesen. Die Vorteile der früheren Konvention bezüglich der Neu-
tralität des Kanals und des Schutzes des Handels seien völlig
aufrechterhalten worden. Weiter erklärt Brodrick, sechs Wagnis-
geschäfte seien unter Zustimmung Lord Cromers und des Lordens
von Egypten die Truppen in Südafrika abgegangen, dieselben
würden aus England ersetzt werden. Der deutsche Dampfer
„Herzog“ sei unter dem Verdacht, Konterbande zu
führen, angehalten und nach Durban gebracht, auf Befehl
der britischen Regierung aber wieder freigegeben worden, da
eine summarische Durchsuchung weder Kanonen, noch Munition

zu Tage gefördert habe und seitens der deutschen Regierung be-
friedigende Zusicherungen bezüglich der betreffenden Dampfschiffahrts-
Gesellschaft gegeben worden seien.

Der Streit der österreichischen Berg- arbeiter.

Aus Wien wird uns vom 7. Februar geschrieben: Der Streit
in Ostarrathin ist in das entscheidende Stadium getreten. Wie
schon telegraphisch berichtet, ist gestern ein Einigungsamt in
Zürich zusammengetreten — auf Ersuchen der Regierung, wie
der Vorsitzende, Abg. Freiherr v. Elvert mitteilte. Eine Einigung
über die Forderung der Achtstundentage ist gänzlich aus-
geschlossen; die Arbeiter stehen vielmehr vor der Wahl,
den Verlangensvorschlag der Regierung zu acceptieren oder
aber den Streit fortzuführen. Die Regierung ist nämlich, wie der
Vorsitzende über direktes Ersuchen des Ministerpräsidenten mitteilte,
zu dem Entschlusse gekommen, zur Durchführung der Lösung der
Frage einer Kürzung der Arbeitszeit im Bergbau
spätestens am 1. März eine Kommission nach Wien
einzuberufen, die aus Vertretern der Behörde, der Unter-
nehmer und der Arbeiter zusammengesetzt werden und die
Aufgabe haben wird, die Bedingungen festzustellen, unter denen die
Erhebungen gepflogen werden sollen, um ein Gesetz über die
Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau vor-
zubereiten.

Wie man sieht, ist das nicht viel: statt der Erfüllung ein sehr
verlaufsüchtiges Versprechen. Ob sich die Arbeiter mit dieser
Vertröstung zufrieden geben werden, wird nur aus dem Munde der in
der Lohnfrage gewählten Kommission zu entscheiden sein. Was
die Gewerke in dieser Hinsicht thun werden, wird in der heutigen
Sitzung des Einigungsamts gesagt werden. Wie erinnerlich, haben
die Gewerke, als anfangs Januar der Streit in zwei Schächten
ausgebrochen war, eine allgemeine Lohnaufbesserung zu-
gepfanden, die freilich nicht eindrucklich genug war, um den Aus-
bruch des Generalstreiks zu beschwören. Damals wurde den Ar-
beitern eine fünfprozentige Lohnerhöhung, freies Geleude und die
Deputatlohnbezüge zugesichert. Es heißt, daß dazu eine weitere Lohn-
erhöhung und die dreimalige Lohnzahlung — bis jetzt geschieht die
Abrechnung vierzehntägig, wogegen die Arbeiter eine wöchentliche
Verlangens — treten sollen. Die Möglichkeit der Annahme
dieser Vorschläge hängt bei den Arbeitern von der Höhe
der Lohnaufbesserung ab; wenn die Gewerke da
nicht eine ins Gewicht fallende Konzession machen, so scheint ein
Ausgleich nicht leicht denkbar. Die Konzessionen müssen derartige
sein, daß sie der Arbeiterschaft, nicht allein den Vertrauens-
männern, als das im Augenblicke Erreichbare wirklich erscheinen.
In den übrigen Streikrevieren ist die Situation unverändert;
unverändert auch die nichtvorgunzige Haltung der Behörden, die eine
Versöhnung der Gesetze entwidelu, die an die schlimmsten Wadent-
Tage gemahnt.

Der Zustand der böhmischen Bergarbeiter hat auch auf die
Bezirks-Beizehens und Meiselwitz-Nofis Einfluss; da in
Böhmen die Kohlen fehlen, so gehen die Bestellungen massenhaft an
die Werke dieser Bezirke. Viele Gruben liegen leerschlachten machen.
Daranstehen haben die Vertrauensleute dieser Bergarbeiter sich dahin
ausgesprochen, daß die Ueberstundenarbeit einzustellen ist und dafür
Serge getragen wird, daß die Kohlenförderung nach Böhmen
möglichst eingestellt wird. In Bergarbeiter-Versammlungen,
die in den letzten Tagen stattfanden, wurde wiederholt die Ansicht
laut, auch hier die Arbeit einzustellen; das ist nun bis jetzt
verhindert, aber es scheint doch auf die Werkbesitzer von Einfluss
gewesen zu sein, denn die des Meiselwitzer Bezirke hatten in letzter
Woche eine Sitzung, die sich mit der gegenwärtigen Lage
beschäftigte. Einer Abordnung der Bergarbeiter, die am Montag
bei mehreren Grubenverwaltungen vorstellig wurde, ist erklärt
worden, daß man, so lange in Böhmen der
Kohlenbau dauere, Ueberstunden nicht machen
lasse, daß man ferner nach Böhmen Kohlen
nicht liefern. Die Ueberstunden erfolgen nur an die Firmen,
mit denen man jahrelang in Verbindung stehe. Es ist also doch an-
zunehmen, daß den Werkbesitzern die Rechte, die ihnen der
1897er Streik brachte, noch in lebhafter Erinnerung sind.

Im Zeit-Beizehens Bezirk wird in dieser Woche Beschluß
über zu nehmende Maßnahmen gefaßt, die Stimmung in Berg-
arbeiterkreisen ist sehr für den Streit. Möglich, daß die beabsichtigten
Forderungen schon jetzt eingereicht werden. Hoffentlich lassen die
Besitzer es nicht wieder zum Kampf kommen und bewilligen den
Arbeitern, was sie fordern.

Mährisch-Odrau, 8. Februar. Sämtliche heute abgehaltenen
Arbeiterversammlungen erklärten, im Streit auszuharren, weil die
Konzessionen der Werkbesitzer ungenügend seien, und eine Petition
an die Regierung zu richten, das Parlament sofort einzuberufen,
damit letzteres ein Gesetz, betreffend die Kürzung der Arbeitszeit,
rasch beschließe, dann werde der Streit anheben.

Troppau, 8. Februar. (B. Z. B.) In der heute stattgehabten
Versammlung der Bergarbeiter wurde einstimmig eine Resolution
angenommen, in denen die Bergarbeiter sich mit dem Vorgehen der
Delegierten bei dem Einigungsamte einverstanden und mit ihnen
solidarisch erklärten. Die Erklärung der Regierung wurde für die
Beendigung des Streiks als ungeeignet bezeichnet, da gefordert
werde, daß die Arbeiter ihre wichtigste Forderung gegen ein unrichtiges
Versprechen aufgeben sollen. Die Arbeiter bestanden auf den Acht-
stundentag und würden sich durch keine anderen Zugeständnisse ver-
leiten lassen, diese Forderung aufzugeben.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 8. Februar,
nachmittags 5 Uhr.

Zunächst werden in gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrats
und der Stadtverordneten unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters
Kisfänger die vier stellvertretenden Mitglieder des Bezirks-
auschusses nennengewählt. Die Wahl fällt auf die Herren Banmeister
Koch, Banier Wittmann, Generaldirektor Heil und Kaufmann Waag.
Darauf geht die Versammlung an ihre eigenen Geschäfte.
Die Ausschüsse für die Vorlage wegen Errichtung eines Pflanz-
hauses für Ehepaare bei der Sieschenanstalt an der Probelstraße
und für die Erträge derselben Erhöhung der Alterszulagen für das
Gemeindefiskus-Verpersonal sind zusammengetreten. Dem ersteren
gehört auch Stadtv. Dr. Freundenberg, dem letzteren Stadtv.
Singer und Vorgmann an.
Die Konstituierung der ständigen Ausschüsse hat nunmehr end-
lich auch stattgefunden.

Zur Ausführung der mehrfachen in den Deputationen seit
Beginn des neuen Jahres entstandenen Lücken sind eine Reihe von
Ergänzungs wahlen vorzunehmen.

Es werden gewählt:
in die Bau-Deputation: Stadtv. Wolff durch Acla-
mation; durch Stimmzettel
in die Grundeigentums-Deputation: Stadtv.
Ruth mit 83 gegen Stadtv. Frid mit 83 Stimmen;
in die Parl.- und Garten-Deputation: Stadtv. Jubel
mit 98 und Winkler mit 94 Stimmen;
in die Schul-Deputation: Stadtv. Cassel mit 91 von
119 Stimmen. Für das zweite zu wählende Mitglied werden ab-
gegeben 99 Stimmen für den Stadtv. Wienstrud, 46 für Singer,
26 für Perls, 5 für Reumann, 1 geripflott. Es ist keine absolute
Mehrheit erreicht; die notwendige Stichwahl schlägt der Vorsitz-
er vor, erst in nächster Sitzung vorzunehmen. Die Versammlung
stimmt zu. Stadtv. Singer ruft: Ich kann warten! (Stimmische
andauernde Heiterkeit.)

In die Verkehrs-Deputation wird schließlich Stadtv.
Schwalbe mit 82 von 119 Stimmen gewählt.

Zur Kenntnisnahme überfendet der Magistrat Abschrift der
Erkenntnisse des Bezirksauschusses und des Oberverwaltungsgerichts
in der Klagesache des Magistrats wider das Polizeipräsidium wegen
verweigerter Erlaubnis zum Bau eines Eingangsportals zum
Friedhof der Märzgefallenen, und zwar mit der hizu-
gefügten Bemerkung:

Wir haben beschloffen, vorder Vorlegung eines
neuen Bauprojektes für ein Friedhofportal
Abstand zu nehmen und die Parl.-Deputation zu beauftragen,
den Friedhof in einen angemessenen Zustand zu versetzen
und darin zu erhalten.

Stadtv. Rosenow: Es wäre sehr interessant gewesen, nicht
bloß die Erkenntnisse, sondern auch die Klageschrift des Magistrats
kennen zu lernen. Daß der Polizeipräsident die Teilnehmer an den
Kämpfen des 18. März als Empörer bezeichnet, muß
gerade in diesen Tagen, wo wir das fünfzigjährige
Jubiläum der Verfassung feiern, die doch nichts als die
Wirkung des 18. März gewesen ist, eigentümlich berühren.
Diese „Empörer“ leben ja zum Teil noch und nehmen unter uns
die gedächtesten kommunalen Vertrauensstellen ein. (Sehr richtig!)
Die Magistratskommission hat doch wohl auch nicht der Revolution
ein Denkmal setzen wollen, als sie beschloß, einen Denk-
stein für die Gefallenen zu errichten. Die Kommission
ist zwar nicht der Magistrat, aber jener Beschluß liegt doch
vor, und insofern hat das Ober-Verwaltungsgericht in seinem
Sinn recht, daß eine gewisse Ehrung der Revolution auch von
seiten des Magistrats beabsichtigt gewesen ist. Man hat weiter
Bemerkungen auf die Neben in dieser Versammlung von Langer-
hans, Singer, Perls und mir, der ich allerdings auch eine Ehrung
der Gefallenen als Abfall des Denkmals betont habe. Hat denn
nicht 1848 der Magistrat und auch der König selbst diesen
Gefallenen feierlich Ehre erwiesen? (Gurur: Der Not ge-
horchend!) Am 18. März 1898 haben die Bürger, das Volk
von Berlin trotz des Eingreifens der Polizei, welche die
Niederlegung des Kranzes verhinderte, die musterhafteste Ruhe be-
wahrt und keinerlei revolutionäre Anwandlungen gehabt. Es giebt
auch Erkenntnisse höchster Gerichtshöfe, welche vom Volke nicht ver-
standen werden. So klar ist dem Polizeipräsidenten doch auch nicht
sein Recht gewesen, die Bau-Erlaubnis zu versagen, sonst hätte er
nicht so lange Zeit sich darauf besonnen. Jetzt sind wir unterlegen;
aber es ist doch viel besser, endlich keinen Tisch vor sich zu sehen, als
daß man wie nach 1848 das damals beschlossene Denkmal
in den Akten verstaubt läßt. Das Denkmal, welches jetzt errichtet
ist in unseren Herzen durch diese Vorgänge seit 2 Jahren, ist vor-
handen und kann in Ewigkeit nicht verdröben werden. Der Magistrat
hat ganz recht, wenn er jetzt kein neues Bauprojekt vorlegt. Die
Märzgefallenen werden jetzt mehr denn je geehrt werden. Wir
nehmen Kenntnis von den Erkenntnissen mit dem Bedauern, daß
solche Erkenntnisse möglich sind.

Stadtv. Fannkuch: In Revolutionen stehen wir anders als
die große Mehrzahl der Versammlung. Wir erkennen das Recht
der Revolution an, und auch der Liberalismus hatte einmal
eine Periode, in der es ihm dienlich schien, dies Recht anzuerkennen.
Die Quintessenz liegt in dem Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts.
Recht schonend ist dem Magistrat das Zeugnis ausgefällt, daß man
ihn nicht im Verdacht habe, er könne irgendwie mit der Revolution
sympathisieren. Anders kommt die Versammlung weg; sie er-
kennt sich dieses Wohlwollens nicht; im Gegenteil, es werden
alle Stellen des Urteils des Bezirksauschusses herangezogen,
um zu beweisen, daß es die Absicht der Versammlung
war, eine Ehrung der Märzgefallenen herbeizuführen. Uns, meinen
Freunden und mir, kam es selbstverständlich dabei auf eine Ehrung
des Andenkens der Märzgefallenen an, und kommt die Sache wieder
auf die Tagesordnung, so werden wir alles thun, um durchzusetzen,
daß sie diese Ehrung auch erhalten. Nicht die Absicht der
Ehrung aber entscheidet nach der Meinung des Ober-Verwaltungs-
gerichts für den Polizeipräsidenten und dessen Haltung, sondern
die Art der Wirkung des beabsichtigten Portals nach außen hin;
es würde dahin gewirkt haben, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung
durch dieses Portal unmittelbar in Gefahr geriete. Ich weiß wirklich
nicht, wie bei den Nachmittagen der Polizei und der starken Garnison
von Berlin eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen
Ruhe, Ordnung und Sicherheit durch diesen Bau herbeigeführt wird.
Das begreife, wer kann. Wenn etwas an dem Gange der Ver-
handlung in uns Fremde erregt, dann ist es der Umstand,
daß dadurch dieses Gefühl für das Andenken wiederum
übergegangen ist auf einen Teil der bürgerlichen Parteien; ich
begreife sie dazu und wünsche, daß dieses bishigen Mädelstärkung
vorhalten möge für künftige Fälle. Auch wir halten, nachdem es
unmöglich geworden ist, ein Portal zu erbauen, den gärtnerischen
Schmuck für das Pflanzende und Ehrensteine, was den Märzgefallenen
noch geboten werden kann. Meine Parteigenossen sind nach dieser
Richtung mit dem Magistrat einverstanden.

Damit schließt die Besprechung. Die beiden andern Fraktionen
bleiben sprachlos.

Verabschiedung einer neuen Uferbefestigung auf dem links-
seitigen Ufer des Spreekanalens zwischen Schleusen-
und Schloßbrücke und Vergrößerung der Uferlinie daselbst
soll ein Austausch von Wasser- und Straßflächen stattfinden und
gleichzeitig zur Erweiterung der Zufahrt zum Schinkel-
platz vom „Platz am Zeughaufe“ her durch eine Beseitigung der
schweren Erde ein Landstreifen vom Vorgarten der Komman-
dantur von 5 Quadratmeter erworben werden; zu dem Kauf-
preise von 250 M. für den Quadratmeter soll jedoch die Stadt nur
100, der preussische Fiskus 150 M. beitragen.

Die Versammlung beschließt ohne Debatte der Vorlage ent-
sprechend.

Die Weiterverpachtung des Schlosses Gättergoh an die
Landes-Verwaltungsanstalt Berlin als Heilstätte (bis zur Vollendung
der von der Anstalt bei Beschloß errichteten umfangreichen Heilstätten-
anlage) bis zum 1. April 1902 soll unter der Bedingung genehmigt
werden, daß die Stadt die künftige Uebernahme des Inventars bei
der Uebergabe zum Renanschaffungspreise mit 25 Proz. Abschlag
fordern kann und daß in Falle der Räumung vor dem 1. April
1902 das Schloß ohne Nachschloß sofort an die Stadt zur Ver-
muthung zurückgegeben wird.

Auch hier wird ohne Debatte dem Magistratsantrage zugestimmt.
Nach einem Antrag Lüben, den alle liberalen Fraktionen
unterzeichnet haben, soll der Magistrat ersucht werden, mit der Ver-
sammlung in gemischter Deputation darüber in Beratung zu treten,
ob es nicht dringend nötig sei, die Kochanstalt usw. auf dem
Schlachthof nicht mehr zu verpachten, sondern nach
Ablauf der Pachtverträge in eigene Verwaltung zu nehmen.
Ferner die von der Polizei beschlagnahmten Schlacht-
tiere und Teile derselben nicht mehr der Abdecker zu übergeben,
sondern auf dem Schlachthofe sogleich verbrennen zu
lassen, damit in Zukunft die wiederholt vorgekommenen un-
angenehmen Vorfälle ganz unmöglich gemacht werden.

Der Antragsteller verwahrt sich zunächst dagegen, als ob
der Antrag ein Misstrauensvotum gegen den Magistrat bedeute, fährt
dann aber aus, daß die abgetretenen Missethäter die schärfste Auf-
merksamkeit der städtischen Behörden herausfordern. In andern
Städten sei teilweise schon jetzt ein besseres Verfahren in An-
wendung.

Stadtv. Dinske wendet sich gegen einen Artikel der „Deutschen
Zeitung“, der den Antragstellern Sachlande abspricht und
den Antrag alsbald verurteilt. Der Ausdruck „verbrennen“ sei nicht
so wörtlich zu nehmen, aber jedenfalls sei es vom Uebel, die Kon-
solate erst nach der Abdecker schloffen zu lassen; diese letztere hätte
bei den ärmlichen Verhältnissen, die sie über ihre ganze Nachbar-
schaft im Norden bringe, längst verschwinden sollen.

Stadtv. Gerard verlangt unter mehrfacher Zustimmung, daß
die Pöbel- und Kochanstalt dem Privatbetrieb entzogen wird.
Die Verwertung des gelochten Fleisches sei bisher auch nicht in der
richtigen Weise erfolgt; man solle doch endlich auf dem Berliner
Schlachthof eine Freibank errichten.

Reichstag.

143. Sitzung vom 8. Februar 1900, 1 Uhr.

Von Bundesratsmitglied: Reichsminister Fürst Hohenlohe, Tirpitz, Graf Posadowsky, Graf Bülow, Herr v. Tschimmann, v. Gohler. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Flottenvorlage.

Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts Tirpitz:

Bezüglich der Bedeutung einer starken Flotte für Deutschland haben die historischen Ereignisse der letzten beiden Jahre eine so deutliche Sprache geredet und so aufklärend gewirkt, daß die Notwendigkeit einer Verstärkung fast allgemein anerkannt ist. Flottengegner und Flottenfreunde unterscheiden sich wesentlich in den Ansichten über den Umfang, über den Zeitpunkt und über das Tempo der einschlagenden Verstärkung.

Die Gründe für eine Verstärkung lassen sich in wenigen Worten zusammenfassen. Der Abstand zwischen der militärischen Stärke unserer Nation und derjenigen einzelner fremder Nationen ist so erheblich, daß die verbündeten Regierungen darin eine erhebliche Gefahr für ihre Nation erblicken, und zwar erdient diese Gefahr um so größer, als die wirtschaftliche Konkurrenz der Mächte nach menschlichem Ermessen in den nächsten Jahrzehnten noch zunehmen wird. Man wird sich darüber klar sein müssen, daß sich eine Kriegsmarine nicht improvisieren läßt, sondern daß zu ihrer Herstellung viele Jahre nötig sind. Am allerwenigsten läßt sie sich improvisieren in der Stunde der Gefahr. Die Besatzung der Schiffe, die Geschwader und ihre Führer lassen sich nicht aus der Erde stampfen. Ebenso bedürfen die Werkstätten und Kasernenanlagen einer langen Friedensarbeit. Wenn man diese Frage übersehen will, hat man nicht nur die augenblickliche Lage, in der sich unser Vaterland befindet, in Betracht zu ziehen, sondern man wird auch die voraussichtliche Entwicklung ins Auge fassen müssen.

Wenn man sich über die Vermehrung der Flotte klar ist, so handelt es sich zuerst darum, nach welcher Richtung diese Verstärkung vor sich gehen soll. Ich habe bereits früher Gelegenheit gehabt zu erwähnen, daß wir nicht wissen können, gegen welche Gegner wir einst zu kämpfen haben werden, und daß daher das Wichtigste ist, sich prinzipiell auf die gefährlichsten Gegner einzurichten. Es wird immer behauptet, daß wir mehr Kreuzer bauen sollten statt der Vermehrung der Schlachtklasse. Im Falle eines Krieges müßten aber die Kreuzer ihr Schwergewicht auf die Briten legen; sie müßten die Briten verdrängen und die Mannschaften an Bord nehmen, dann würden sie bald überfüllt sein. Oder sie müßten die Briten beschießen, so würden sie bald selbst von Mannschaften entblößt sein und die Briten würden voraussichtlich die Häfen nicht erreichen. Und wo sollen die Kreuzer stoßen aufnehmen. Während die Kreuzer sich aber mit den einzelnen Handelschiffen abgeben, könnten wir nicht mit Leichtigkeit abgeschossen werden und unsere Weltwirtschaft dadurch unterbrochen werden.

Wir müssen also unsere Flotte nach der Richtung der Schlachtklasse entwickeln. Nur eine solche Flotte bildet die sicherste Friedensgarantie und den besten Schutz, den wir unserm Handel angedeihen lassen können. Man wird sich darüber keinen Illusionen hingeben können, daß wenn wir einmal im Kriege sind, es eine müßige Sache sein wird, Handelschiffe draußen im Weltmeer zu schützen. Wir müssen daher einen Krieg überhaupt zu verhindern suchen und das ist nur erreichbar mit einer starken Schlachtklasse.

Ich komme nun zu dem Gesetze selbst. Sein Inhalt bezieht sich auf die Verstärkung der verbündeten Regierungen hier bei der ersten Lesung des Etats abgegeben sind. Es handelt sich wesentlich darum, wie aus der Begründung hervorgeht, eine zweite Schlachtklasse neben die erste zu legen. Die beiden Schlachtklassen sind von einander völlig unabhängig und etwa zu denken, wie zwei selbstständig organisierte Armeekorps. Bezüglich der Zahl der Schiffe ist die höchste Zahl genommen, die noch von einer Person geleitet werden kann. Wenn es sich darum handelt, den Abstand unserer Flotte gegenüber der einzelnen fremden Nationen zu verringern, so kann es sich rationellerweise nur um eine Verdoppelung handeln, und es wäre nur zu prüfen, ob diese Verdoppelung erreichbar, ob damit der Zweck erreicht ist, den wir im Auge haben, ob namentlich die Gefahren beseitigt werden, gegen welche das Flottengesetz von 1898 noch nicht in ausreichendem Maße schützt. Um dies zu bezeichnen, wäre ein Vergleich der betreffenden Schlachtklasse notwendig. Diese bitte ich mir für die Verhandlungen in der Budgetkommission vorbehalten zu dürfen. Was die Auslandsschiffe betrifft, so wird die Notwendigkeit ihrer Vermehrung im allgemeinen anerkannt werden. Bezüglich der Ausführung des ganzen Bauplans sind, wie aus der Begründung hervorgeht, 16 Jahre resp. für die Fertigstellung der Schiffe 20 Jahre erforderlich. Die Kosten sollen durch eine Anleihe gedeckt werden, die bis 1920 auf 800 Millionen berechnet ist. Das macht für das Jahr durchschnittlich 50 Millionen, zufällig dieselbe Zahl, welche heute im vorliegenden Etat für das Rechnungsjahr 1900 für Marinezwecke vorgesehen ist. Es ist vielfach auf Widerspruch gestoßen, daß wir die Kosten durch eine Anleihe decken wollen. Es wird dabei aber vergessen, daß so lange die Marine besteht, Vermehrungsarbeiten stets aus Anleihen entnommen worden sind, und es scheint nicht richtig, in dem Augenblicke, wo eine beträchtliche Vermehrung der Marine stattfindet, mit diesem Prinzip zu brechen.

Was die Deckungsfrage anlangt, so wird der Herr Staatssekretär Reichert v. Tschimmann das Nähere ausführen. Hinsichtlich der gesetzlichen Festlegung der Verstärkung der Flotte ist eine eingehende Begründung nach der administrativen und politischen Seite bereits in der Vorlage selbst gegeben. Ich will nur hervorheben, daß die Marine sich notwendigerweise ein festes Ziel der Entwicklung unverrückbar vor Augen halten muß, wie ja auch jeder einzelne Mensch, wenn er Großes erreichen will, sein festes Ziel unentwegt ins Auge fassen muß.

Ich komme zum Schluß. Die verbündeten Regierungen sind so durchdrungen von der Notwendigkeit dieser Verstärkungen der Flotte, daß sie sich verpflichtet gefühlt haben, schon zwei Jahre, nachdem das hohe Haus eine erhebliche Verstärkung für die Flotte bewilligt hat, mit Anforderungen an das hohe Haus heranzutreten. Ich hoffe, daß aus die Herren sich davon überzeugen werden, daß diese Verstärkung nicht nur notwendig ist, sondern daß auch der Zeitpunkt richtig gewählt ist, und daß die Gesetzesform zu einer rationellen Durchführung des Planes eine unerlässliche Notwendigkeit ist. (Zweifaches Bravo! links.)

Herr v. Gohler (C.):

Der Staatssekretär der Marine hat die Generaldebatte über die Vorlage mit dem allgemeinen Gedanken eingeleitet, daß bezüglich der Bedeutung, der Notwendigkeit einer starken Flotte kann eine Divergenz der Ansichten bestehen, wohl aber gehen sie auseinander über die Zahl, das Tempo usw. Ich sehe gar nicht an, gleich zu Beginn dem Ausdruck zu geben, daß auch wir eine starke Kriegsmarine wollen, daß wir dabei aber in Betracht ziehen müssen einmal unser Land, denn es mag sein, wie es wolle, unsere Stärke liegt nun einmal auf dem Lande. (Sehr richtig! im Centrum.) Wir müssen die Leistungsfähigkeit unseres Volkes berücksichtigen, und was der Herr Staatssekretär selber betont hat, daß wir nicht allen Feinden zugleich die Spitze bieten können, demgemäß auch nicht zugleich die ersten auf dem Lande und zur See sein können. (Sehr richtig! links und im Centrum.)

Der Herr Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts hat sodann darauf hingewiesen, daß sich die Kriegsmarine nicht improvisieren lasse, daß dieselbe der Zeit bedürfe. Eben deshalb, weil die Kriegsmarine sich nicht improvisieren läßt, sondern der Zeit bedarf,

können und müssen wir auch ruhig überlegen, in welcher Weise wir sie bauen. Wir haben den Vorteil für uns, daß wir auf dem Boden einer Vorlage stehen und daß dem deutschen Volk der Schutz gewährt ist, den die verbündeten Regierungen selber vor zwei Jahren als vollständig genügend und ausreichend anerkannt haben. (Sehr richtig! im Centrum.) Der Herr Staatssekretär hat sodann darauf hingewiesen, daß die verbündeten Regierungen so sehr von der Notwendigkeit dieser neuen Vorlage überzeugt gewesen seien, daß sie trotz der Vorlage vor zwei Jahren jetzt mit dieser neuen Vorlage an das hohe Haus heranzutreten sind. Dem gegenüber wäre es angemessen, die Frage aufzuwerfen: „Haben denn alle der verbündeten Regierungen dieselbe Meinung gehabt?“ Die Einigkeit der Regierungen scheint mir noch gar nicht so alten Datums zu sein. Ich erinnere nur daran, daß nach dem 18. Okt. 1899 nach der vielbesprochenen Rede in Hamburg, die auch im „Reichs-Anzeiger“ abgedruckt ist, die „Nordd. Allg. Ztg.“ schrieb: Die wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist der Marine-Etat für das Rechnungsjahr 1900 abgeschlossen und hält sich im Rahmen des Flottengesetzes; eine Novelle zum Flottengesetz ist nicht in Aussicht genommen. (Hört! hört! links und im Centrum.) Nun muß die „Norddeutsche Allgemeine“ diebald entweder schlecht unterrichtet gewesen sein oder die Frucht war noch nicht reif oder aber die verbündeten Regierungen waren sich noch nicht klar über die Notwendigkeit der Verstärkung. Das Fazit liegt uns nun jedenfalls vor in der Novelle zum Flottengesetz. Der Herr Staatssekretär Tirpitz gab im Januar 1899 in der Budgetkommission wörtlich folgende Erklärung ab: Da aber in der Kommission der Wunsch nach einer Erklärung der verbündeten Regierungen noch einmal an mich herantritt, erkläre ich ausdrücklich, daß an keiner Stelle in irgend einer Weise die Absicht hervorgetreten ist, ein neues Flottengesetz vorzulegen, daß im Gegenteil bei allen in Betracht kommenden Stellen die festeste Absicht besteht, das Flottengesetz auszuführen und die darin vorgezeichnete Limitierung inne zu halten. (Hört! hört! links und im Centrum.) Weiter hat der Herr Staatssekretär damals erklärt: Sie schaffen Deutschland eine Seemacht, gegen die offensiv vorgehen selbst eine Seemacht ersten Ranges sich dreimal bedenken wird. (Hört! hört! links und im Centrum.) Und heute diese Novelle, die nichts mehr und nichts weniger will als die Schaffung der Weltflotte als Unterlage der Weltpolitik durch Verdoppelung unserer Flotte unter Bindung auf zwei Decennien hinaus, und das während des Segennats vertreten durch denselben Staatssekretär, der damals sagte: Ja, binden sich denn die verbündeten Regierungen nicht auch? (Hört! hört! links und im Centrum.) Nach den feierlichen Versicherungen im März 1898 und im Februar 1899 hätte man doch erwarten können, daß wenigstens bis zum Ablauf des Segennats an der getroffenen Vereinbarung festgehalten würde. Mitbestimmend bei der Bewilligung der Flottenvorlage im Jahre 1898 war doch eben der Gedanke, daß Ruhe geschaffen werde, wenigstens für sechs Jahre. (Sehr richtig! im Centrum.) An der Vereinbarung ist also nicht festgehalten worden. Nun möchte ich einmal den umgekehrten Fall legen: Was hätte das für eine Enttäuschung gegeben, wenn umgekehrt der Reichstag eine Ablehnung der im Gesetz von 1898 bewilligten Ausgaben verlangt hätte! Wenn der Herr Staatssekretär Tirpitz auch diese Vorlage wieder verteidigt, so ist das gewiß ein Beweis des Mutens und der Opferwilligkeit (Heiterkeit) seinerseits. Er wird es aber erklärlich finden, daß man heute keinen Ausführungen mit großem Mißtrauen gegenübersteht. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Herr Staatssekretär hat erklärt, daß es sich um einen Abschluß, was aber vor zwei Jahren Reichert war, ist heute nur noch eine Leistung, die ganz gründlich korrigiert werden muß. Da kommt ja der Gedanke ganz von selbst: Was heute korrigiert werden muß, das muß nach 2 Jahren wieder einer Korrektur unterzogen werden. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Aus dieser Wandlung der Anschauungen in den berufenen Kreisen ergibt sich für uns, daß wir mit größter Vorsicht einer neuen Vorlage gegenüberzutreten, zumal einer solchen, wie sich hier präsentiert.

Der § 8 des Gesetzes von 1898 bestimmt, daß wenn die Ausgaben 117 Millionen übersteigen und die Einnahmen des Reichs zur Deckung nicht ausreichen, die Ausgaben nicht durch neue Steuern gedeckt werden dürfen. Die nun, wenn die Ausgaben darüber hinausgehen und die Mittel des Reichs zur Deckung nicht mehr ausreichen? Diese und ähnliche Fragen erheben sich und bedürfen der Aufklärung. Der Herr Staatssekretär erklärte, daß er Ausführungen auf Verlangen in der Budgetkommission geben würde. Er hat damit einen Weg angedeutet, den zu beschreiten wir nicht abgeneigt sind. Meine Freunde sprechen dafür, daß die Vorlage in der gründlichsten Weise geprüft werden muß. — Was die Begründung betrifft, so kann man nicht sagen, daß sie reichlich und erschöpfend ausgefallen sei. Wenn man sie liest, kann man auch auf den Gedanken kommen, daß sie für eine Verdreifachung der Flotte sprechen soll. Die wahre Verdreifachung kann man wohl in den Worten finden, die Herr v. Tschimmann 1897 ausgesprochen hat: „Wir wollen hinaus auf die hohe See und den Feind angreifen in seinen eigenen Gewässern.“ Einen solchen Kurs können wir nicht steuern. Wir wollen keinen Sprungkosten, sondern einen ruhigen Ausbau unserer Flotte, die im Einverständnis steht mit unseren Leistungen. (Weiß! links.) Was hat sich innerhalb der 2 letzten Jahre ereignet? Nichts! Und eben weil jeder Anhalt fehlt, verlangen meine Freunde die eingehendste und sorgfältigste Prüfung in der Budgetkommission, ehe sie sich endgültig entscheiden.

Wir hätten es ganz gut begreifen, wenn die Regierung gesagt hätte, infolge der Preissteigerung können wir den Bau der großen Schiffe mit den bewilligten Mitteln nicht durchführen. Statt dessen stehen wir, um die Worte des Mannes zu gebrauchen, den wir heute hier schließlich vermissen, der so schmerzlich leidet, um dessen baldige Genesung wir alle den Herrn im Himmel bitten, — um die Worte des Abg. Dr. Lieber zu gebrauchen, wir stehen vor einem völligen Ansturz des Flottengesetzes vom Jahre 1898, und einen solchen können wir nicht mitmachen. Darum sind wir — und dies darf ich im Namen meiner sämtlichen politischen Freunde erklären — für das Gesetz in der Form und dem Umfang, wie es vorliegt, nicht zu haben. (Bravo! im Centrum.) Die Rathedermariner (große Heiterkeit) und mit ihnen vereint die freiwilligen und bezahlten Agitatoren werden ebenso zustimmen, wenn es sich um 200 und nicht um 2 neue Geschwader handelte. Bei einzelnen von ihnen handelt es sich ja auch darum, den Patriotismus etwas umzumünzen. (Sehr richtig! links.) Der Zuwachs, den die Flotte erhalten soll, ist ein ganz gewaltiger. 1898 betrug die Vermehrung 7 Linienfahrzeuge und 9 Kreuzer, die Kosten 2 800 000 M. Diefmal werden gefordert 19 Linienfahrzeuge und 23 Kreuzer, die Kosten betragen 801 Millionen Mark. Selbst wenn aber nun diese Verstärkung der Flotte erreicht ist, werden wir dann genügend gerüstet sein, oder werden nicht auch unsere Konkurrenten das Ihrige thun, und da es sich bei ihnen auch um die Existenzfrage handelt, das letzte daran setzen, um zu einer viel stärkeren Vermehrung ihrer Kräfte zu schreiten, gegen die wir nicht aufkommen können? (Sehr richtig! im Centrum.) — Der Herr Staatssekretär hat uns bezüglich der Mehrausgaben nähere Aufklärung gegeben. Die ist auch sehr notwendig. (Sehr richtig! links.) Denn Geld ist keine da, das laufende Rechnungsjahr schließt ab mit einer Anleihe von 80 Millionen, für 1900 sind 76 Millionen vorgesehen, ohne die Nachtrags-Etats, die Schuldentilgung ist von 50 auf 13 Millionen gesunken, nächstes Jahr wird kaum mehr etwas da sein, um Schulden zu tilgen, die Reichs-Einnahmen sind nicht im Steigen, sondern im Rückgang begriffen. Die Vorlage allerdings nimmt es sehr leicht mit der Deckungsfrage, vorläufig sollen 709 Millionen Schulden gemacht werden und wenn die erwarteten Mehreinnahmen ausbleiben, dann sollen weiter Schulden gemacht werden. Und erscheint es aber als unzulässig, Ausgaben für die Marine durch Anleihen in solcher Höhe zu decken. Gewiß hat man auch früher zu An-

leihen seine Zuflucht genommen, aber es hat sich dabei niemals um Posten von solcher Höhe gehandelt, denn es ist tatsächlich ein Millionenposten, der vorgenommen werden soll. Wenn es sich um solche exorbitante Ausgaben handelt, müssen wir verlangen, daß für Deckung gesorgt wird, und zwar vorher. (Bravo! im Centrum.) Herr Dr. Lieber hat schon im Dezember vorigen Jahres erklärt, daß er gar keine Bewilligung irrefürsicht in Aussicht stellen könne, die sämtlichen beinahe 800 Millionen — und wenn 10 Jahre herum sind, werden es wohl mehr sein — durch Anleihen zu decken. Wer das Gesetz will, muß auch die Mittel wollen und die Quellen, die dazu führen, er muß also auch die neuen Steuern bewilligen, um diese Vorlage durchzuführen. Die Deckungsfrage, um die man wirklich so elegant herumgeht, sie ist hier gerade die Hauptsache. (Sehr richtig! im Centrum.) Sie muß gelöst werden, ehe man sich auf die neuen Projekte einlassen kann. (Bravo! im Centrum und links.) Wer soll aber die neuen Steuern tragen? Die Anschauung meiner Freunde geht dahin: die neuen Steuern müssen die Interessenten tragen und die leistungsfähigen Schultern, damit sie Gelegenheit erhalten — und nach all dem, was man draußen beobachtet, sehen sie sich ja danach — (sehr gut! links) ihren Patriotismus auch praktisch zu behaupten. (Bravo! im Centrum und links) und sich nicht etwa drücken und nur einheimsen wollen. Die Landbevölkerung und die Arbeiter, die von ihrem täglichen Lohn leben, dürfen für die Kosten dieser Projekte nicht herangezogen werden, die Landwirtschaft werden ohnehin schon durch die Vorlage geschädigt, dadurch, daß sie Tausende von Arbeitskräften zu ihrer Ausführung benötigt, wodurch sich die Löhne noch steigern wird. (Bravo! rechts.) Bezüglich der Deckungsfrage spricht man von einer Reichserbschaftsteuer. Ich begreife es ja, daß die Einzelstaaten in Sorge geraten um ihr heimisches Budget, aber es wäre besser, diese Sorge wäre früher gekommen, dann wäre die Vorlage wohl nicht so glatt durch den Bundesrat gegangen. Die Einzelregierungen lassen bezüglich neuer Steuern gern der Stelle den Vorritt, die auch den Vorritt hatten bei Einbringung dieser Vorlage. (Sehr gut! im Centrum.) Weiter spricht man von Wein-, Bier- und Tabaksteuern, auch Monopol-Steuerarten gehen bereits un. (Heiterkeit.) Ich will jetzt darauf nicht weiter eingehen, jedenfalls ist an eine fieberhafte Behandlung dieser Projekte gar nicht zu denken, so lange die Deckungsfrage nicht gelöst ist. Diese Frage kann aber im Sinne meiner Freunde, auch derjenigen, die der Flottenfrage freundschaftlich gegenüber stehen, mit dem Sinne gelöst werden, daß die leistungsfähigeren Schultern herangezogen werden müssen unter Entlastung der Schwachen. (Bravo! im Centrum und links.) Wir wollen diese Frage nicht gelöst sehen im Sinne der im Herrenhaus angenommenen Nebenbeschlüsse Resolution vom April 1898, die Ausbau der indirekten Steuern, also Belastung der breiten Massen verlangte. — Wir sind uns ja bewußt, daß freiwillige und gedungene Flottenarbeiter — man sucht ja jetzt sogar durch gefälschte bischöfliche Listen auf uns einzuwirken — unsere Patriotismus verdächtigen werden. Das schreckt uns nicht. Die Vorwürfe sind wir gewohnt. Ebenso wenig schreckt uns das herausbeschworene Gespenst einer Reichstagsauflösung. (Rufe rechts: Na! na!) Wenden Sie doch die Probe und wir werden sehen, ob Sie dann noch na, na rufen werden. Wir können unsre Pflicht, sie ist unser Letztes, wir handeln, wie wir es zum Nutzen und zum Wohle des gesamten Volks für notwendig halten. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Herr Dr. v. Leberow (L.):

Die neue Flottenvorlage tritt uns sozusagen als Resolution gegenüber. Dadurch untercheidet sie sich von andern Vorlagen. Meine Freunde und ich sind sämtlich keine Flottenwärmer, aber wir sind doch geneigt, eine allmähliche Verstärkung der Flotte als notwendig anzuerkennen. Natürlich darf unser Landherr darüber keine Vernachlässigung erfahren. Wir wollen auch keine sprunghafte Entwicklung der Flotte. Aber von einem Plane, der sich über 10 Jahre hinaus erstreckt, kann man das nicht sagen. Ich gehöre einem armen Landvolke an, mit leichtem Herzen kann ich einer neuen Belastung nicht zustimmen. Aber durch drei Erwägungen komme ich über die finanziellen Bedenken einigermaßen hinweg. Wir müssen bei unserer Handelsentwicklung auch auf dem Meere mächtig sein. Heute haben wir unsre Kolonien ausgedehnt und müssen für sie sorgen. Wir haben Gewicht auf die Erhöhung unserer Bündnisfähigkeit zu legen und diese erhöhen wir durch eine Marinevermehrung. (Sehr richtig! rechts.) Verbündet mit andern Staaten können wir auch der stärksten Seemacht Paroli bieten. Das zweite Moment ist die Befestigung der Bindung. Wir können jedes Jahr die Lage von neuem prüfen, ob wir mehr oder weniger für die Marine verwenden können.

Die Deckungsfrage will ich nicht berühren. (Lachen links und im Centrum.) Sehr richtig! rechts.) Sie hat ja im letzten Gesetz schon einigermaßen ihre Erledigung gefunden. Es ist nicht zweckmäßig, jetzt schon zu beschließen, in 9 oder 10 Jahren sind die neuen Steuern zu erheben oder jetzt schon zu beschließen, in den nächsten 10 Jahren sind die Steuern nicht zu erheben. Wer die Deckungsfrage in den Vordergrund schiebt, der beschwert damit die Vorlage. (Zustimmendes Gelächter links.) Das dritte Moment ist der Schutz des Vaterlands. Eine prosperierende Landwirtschaft ist in der Lage, die Lasten zu tragen. Die jetzige Belastung der Landwirtschaft wird nicht von ewiger Dauer sein, die Landwirtschaft hoffe ich, wird noch einmal zur Blüte kommen. Das wünsche ich zum Wohl des Vaterlands. (Sehr gut! rechts.) Eine Flotte unserer Küsten ist ohne starke Flotte nicht abgeschossen. (Sehr richtig! rechts.) Die Landwirtschaft verflucht sich deshalb nicht der Notwendigkeit einer starken Flotte. Wir können nicht etwas ablehnen, was wir an sich für gut halten. (Sehr gut! rechts, Lachen links.) Man hat der Regierung vorgeworfen, daß sie ihre Vereinbarung gebrochen hat. Das ist nicht der Fall. (Lachen links.) Sie fragt ja nur, ob wir uns nicht mit ihr anderweitig verständigen wollen. (Zustimmendes Lachen links und im Centrum.) Die Klagen anderer Länder haben die Regierung dazu bewegen. Man kann nur fragen, warum ein so lang ausgezogener Plan? Herr Tirpitz hat uns gesagt, daß die Marineverwaltung diese lange Zeit unbedingt braucht. Meine Freunde wollen die Weltmachtstellung Deutschlands nicht gefährden. Dieser ideale Gedanke läßt sie der Flottenvorlage inpathisch gegenüberstehen. Mit der Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission sind wir einverstanden. Sie darf nicht in einer Hurrastimmung angenommen oder abgelehnt werden. Meine Herren, in einer Hurrastimmung befinden wir uns gar nicht und diejenigen, die die Vorlage ablehnen wollen, werden sich auch nicht in einer Hurrastimmung befinden. (Lebhafter Beifall rechts, Lachen links und im Centrum.)

Herr Frohme (So.):

In der Flottenfrage hat die Regierung unbedingte Autorität beansprucht, und doch hat noch nie ein so überraschender Wechsel der Ansichten und Grundzüge stattgefunden, wie grade hier. Sehen wir uns diese Wandlung einmal näher an. Zuerst wurde entscheidend Gewicht auf die Verstärkung des Küstenschutzes in der Nord- und Ostsee gelegt, wofür bis zum Jahre 1898 80 Millionen Mark ausgegeben worden sind. Dann sollte der Nordostsee-Kanal, der bekanntlich mit einem Reichsaufschuß von 106 Millionen Mark gebaut worden ist, eine besonders wirksame Verteidigung der deutschen Seeliste gewähren. 1878 kam ein Flottenplan, der etwa 60 Millionen Mark beanspruchte, und da wurde als Grundlag aufgestellt, daß im Falle eines Krieges mit einer großen Seemacht unsere Kriegsmarine nicht im Stande wäre, die Handelsmarine zu schützen, das könne nur indirekt durch die Landmacht geschehen. Weiter wurde gesagt, die Kriegsmarine müsse sich darauf beschränken, die großen Handelsstädte zu schützen, die Offensive müsse dem Landheer überlassen bleiben. So gering sah man damals in den maßgebenden Kreisen die Offenbarung der Flotte an,

Nachdem dann im Jahr 1883 der General v. Caprivi Nachfolger des Herrn v. Stosch geworden war, ging es an die Schaffung einer Torpedoflotte. Bis dahin hatten wir 38 Torpedoboote, und sie sollten nach dem neuen Plan auf die Zahl von 150 gebracht werden. In der Deutschrift, worin diese Forderung begründet wurde, ist ausgeführt, daß die **Torpedoflotte** einen **absoluten Schutz** der deutschen Küste gegen feindliche Angriffe gewähren werde. Es heißt da wörtlich: „Kein Schiff im Bereich einer mit Torpedobooten reichlich ausgestatteten Küste ist seines Daseins sicher.“

Da kamen im Jahre 1884 die ersten kolonialen Erweiterungen, und nun mußten wir Marinestationen in Ostafrika bauen, woraus dann aber die Notwendigkeit einer nicht unerheblichen Vermehrung der Flotte abgeleitet wurde. Dann kam im Jahre 1887/88 der zweite Caprivische Plan, in dessen Begründung es heißt, es seien zur Verteidigung des im Van begriffenen Nordostsee-Kanals zehn Panzerschiffe erforderlich. Erst ließ es, der Kanal an sich bedeute eine ganz erhebliche Sicherung der Küste, einen ganz enormen Schutz, und nun forderte man bereits zum Schutze dieses Kanals zehn Panzerschiffe, von denen jedes ohne die Armierung 1/2 Millionen kostete. Auch in dieser Deutschrift aber ist wiederum der Unterschied zwischen den Aufgaben der Armee und den Aufgaben der Flotte recht scharf hervorgehoben, es wird auch da der **Landarmee unter allen Umständen der Vorrang eingeräumt.**

Mit der **Thronbesteigung des jetzigen Kaisers** kam eine ganz neue Flottenära mit ganz neuen Grundgedanken für die Flottenpläne. Wir haben es mit dem kühnsten ganz persönlicher Ansichten zu thun. 1890 belanuten wir wiederum neue Vorschläge zur Vermehrung der Flotte. Die damalige Deutschrift bezeichnete das vorhandene Material als größtenteils **veraltet**, sowohl die Schiffe wie die Armierung. Jetzt standen wir vor dem Bau von Panzerschiffen und zwar zunächst 4 binnen 5 Jahren. In der diese Forderung begründenden Deutschrift wurde ausgeführt: Ist erst einmal dieser Kern moderner Schlachtschiffe geschaffen, so kann in langsamem Tempo weiter gearbeitet werden, es kann den Fortschritten der Technik gefolgt werden.

1896 hörte man aus autoritärem Munde zum erstenmale die Behauptung, das Deutsche Reich sei nun einmal ein **Weltreich** geworden. An diese Erklärung schloß sich das Ersuchen um Unterstützung dieses Deutsche Reich auch fest an unser heimatliches Reich zu gliedern. In enger Verbindung mit derartigen Wünschen kamen neue Flottenforderungen im Etat 1896/97. Es handelte sich um eine Steigerung der einmaligen Ausgaben von 30 auf 70 Millionen, darunter 62 Millionen allein auf Schiffsbauten. Damals gelang die Herabsetzung des Extraordinariums auf 58 Millionen. Infolge dieser Herabsetzung nahm Herr Hollmann, der die Forderung zu vertreten hatte, damals seine **Entlassung**, nachdem er dem Reichstag erklärt hatte, es sei ganz unmöglich, das heute eine Marineverwaltung sagen könne, was wir nach 10 Jahren gebrauchen. Kurz zuvor hatte er noch erklärt, für den Küstenkrieg brauchten wir **keine Marine**, sie schütze sich selbst. Im September 1897 tauchte das Gerücht auf, Herr Tirpitz sei berufen, eine neue kaiserliche Flottenvermehrungs-Vorlage auszuarbeiten. Unter anderem wurde das Gerücht auch von Herrn Hollmann **dementiert**. Er erklärte im Reichs-Anzeiger, die Marineverwaltung habe nicht die Absicht, von dem Brauch, im Etat das Nötige zu fordern, abzuweichen. Als bald wurde Herr Tirpitz **Nachfolger des Herrn Hollmann** und bald fand sich ein, was Herr Hollmann in Abrede gestellt hatte, eine ganz besondere **Marinevorlage**. Das war wiederum nach jenem bekannten Wort: „Der Dreijahrs gehört in meine Faust, und Reichsgewalt bedeutet Seegehalt.“ Nun, das Schicksal der Vorlage von vor 2 Jahren ist ja bekannt.

Herr Schädlar hat auf die damals allgemein verbreitete Ansicht hingewiesen, auch die Regierung sei nun **gebunden** und wir würden vor weiteren Forderungen auf Jahre hinaus Ruhe haben. Wie hat man sich damals über Bebel entsetzt, als er sagte, er sehe schon eine **neue Marinevorlage** mit erheblichen **Mehrforderungen** herankommen. Er hat mit seiner Prophezeiung **recht behalten**. Die neue Marinevorlage steht sogar noch schlimmer aus, als wir uns damals dachten. Nach Annahme der damaligen Vorlage hätte die **Flottenpropaganda** mit verstärkten Kräften hier ein und in ihr laut speziell das **speculative Treiben** einer ganz bestimmten Interessentengruppe nach drastischer Ausdruck. Die bekannte **Rede in Hamburg** war wieder Wasser auf die Mühle der **Flottenpropagandisten**, und als bald erlebten wir ja auch eine offizielle Veröffentlichung dieser Vorlage. Sie ist — darüber täusche man sich doch nicht, der **persönlichen Initiative des Kaisers** entworfen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten) und man hat sich gerade mit Rücksicht auf diesen Umstand wohl sehr beeilt, die Vorlage hier einzubringen. Ich kann die Überzeugung nicht zurückweisen, daß der ganze und sehr vorliegende Plan bereits bei Friedigung der Vorlage von 1897 bestanden hat, denn so ohne weiteres auf Grund einer ganz plötzlichen Eingebung entstehen derartige Pläne nicht. Das muß einmal ausgesprochen werden!

In der letzten Zeit haben wir eine Flottenpropaganda erlebt, die mit allen den Autoritäten zu Gebote stehenden Mitteln arbeitet. Fast kein Tag ist vergangen ohne irgend ein **Flottentelegramm** aus allerhöchsten Kreisen. Gerade insolge dessen hat die Flottenpropaganda so überaus heftige Züge angenommen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) In der Flottenpropaganda machen sich **byzantinische Neigungen** sehr bemerklich. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Man hat es da mit Elementen zu thun, die Wert darauf legen, sich nach oben hin „lieb kund“ zu machen (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten), den Patrioten herauszulehren. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Was „Majestät wünschens“, dem müssen sie zustimmen.

Es ist durchaus kein angenehmes Gefühl, wenn man gewahrt, in welcher erschreckender Weise der **Byzantinismus** zur Verherrlichung der Weltpolitik in sich greift. Im „**kleinen Journal**“, das bei Hofe die Lieblingslektüre bilden soll, wird gesagt: „Im Weltraum verschwindet der Bundeskanzler vor dem Großdeutschen, auf dem hohen Meere herrscht kein Herzog, kein König, und es giebt nur eine Parole, ein Reich und ein Kaiser.“ Nur der Kaiser und die Flotte gelten alles, darin soll die ganze Idee unserer Weltmacht liegen. Selbst konservativste Blätter fühlen sich durch derartige Ergüsse **angewidert**, zumal die Flottenpatrioten daran die Behauptung zu knüpfen pflegen, jeder, der den Forderungen nicht zustimme, sei kein Patriot. Das ist das alte Lied, das wir schon so oft gehört haben und ich meine, daß die Gefahr der Rückentwicklung zum reinen Absolutismus in Deutschland schon fast genug ist. Es ist wirklich nicht nötig, daß die Flottenpropagandisten auch noch dazu beitragen, den Geist weiterer Kreise zu verderben und derartigen byzantinischen Neigungen zuzuwenden, die nur den Willen des Kaisers gelten lassen wollen, des Kaisers, der nach der Verfassung das auszuführen hat, was Reichstag und Bundesrat beschließen. Leider giebt es Leute, die das bekannte **suprema lex regis voluntas** (des Königs Wille ist das höchste Gesetz) so ernst nehmen, daß sie es weiteren Volksteilen förmlich **suggerieren** wollen.

Der Herr Abg. Schädlar hat auf eine **Kerkerung** des Herrn Staatssekretärs Tirpitz vom 6. Dezember 1897 hingewiesen, daß wir in einer Flotte in der Stärke, welche vor zwei Jahren beschlossen wurde, eine Seemacht hätten, gegen die offensiv gegen wirre Mächten vorzugehen, selbst eine Seemacht ersten Ranges sich dreimal denken würde und die ein erhebliches Gewicht für die Sicherung des Friedens in die Waagschale werfen würde. (Hört! bei den Socialdemokraten.) Und heute hat uns der Staatssekretär ein vollständiges Gemälde eines Seetrieps vor Augen geführt, er hat das Kriegsgespenst förmlich heraufbeschworen. Er hat sich leiten lassen von der Überzeugung, daß Deutschland stärker oder später in einen **Seekrieg** verwickelt werden dürfte und hat diese Perspektiven nur dadurch etwas gemildert, daß er sagte, daß gerade in der starken Schlachtschiff-Flotte eine **Friedensgarantie** gegeben sei, indem sie dem Gegner Furcht einflöße und ihn zu Konzessionen geneigt mache. Das sind die alten durch die Erfahrung widerlegten **Trümmern**. Ich glaube, daß jede Verstärkung der Flotte besonders unter dem Gesichtspunkt einer unter allen Umständen davor zu wachenden Weltpolitik die **schwersten Gefahren für den Frieden** in sich schließt. (Sehr wahr! b. d. Soc.) Es ist eigentümlich, daß man

in maßgebenden Kreisen unter Bezugnahme auf die Interessen des Handels, der Industrie, der überseeischen Interessen zu der Annahme kommen kann, daß es gelte, im Kriegsfall unsere Handelsflotte Schutz zu gewähren. Nach den eigenen Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Tirpitz wird im Kriegsfall da, wo es sich um die **Eventualität** entscheidender Seeschlachten handelt, von einem Schutz der Handelsflotte durch unsere Kriegsschiffe **kaum mehr die Rede** sein können. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Man spricht auch vom **Schutz** der Deutschen, ihrer Interessen und ihrer Ehre in den **überseeischen Ländern**. Ich hielt es für viel richtiger, man forderte zunächst einmal für den Schutz der Deutschen in der Heimat selbst, für die Wahrung der Interessen des Volks auf **heimatlichem Boden**. Man fördere die Ehre des deutschen Namens dadurch, daß man dem Volk sein Recht und seine Freiheit giebt, statt sie zu sämälern. Um jede Ungerechtigkeit, die einem Deutschen im Ausland geschieht, möchte man am liebsten gleich ein **Kriegsschiff** hinschicken. Ach, wie viele und zum Teil geradezu ungeheuerliche Ungerechtigkeiten geschehen bei uns in Deutschland! Hier sehen wir zunächst einmal alle Kraft an, um Wandel zu schaffen. In der Herrschaft der Gerechtigkeit und der Freiheit liegt die wahrhaftige Stärke des Volks auch nach außen hin. Man mache dem Volk das Vaterland so lieb und wert wie nur möglich, statt es ihm zu verleiden. Damit wäre der erste Schritt gethan zu einer **wahrhaften Weltpolitik**, das heißt zu einer Politik, die den übrigen Staaten ein **gutes Beispiel** giebt.

Unser deutscher Handel ist **ohne die Unterstützung einer Kriegsschiff-Flotte** zu dem geworden, was er ist. (Sehr richtig! links.) Versteht man denn so ganz den Wert all der internationalen Abmachungen, die zur Pflege des Handels im Laufe der Jahre getroffen worden sind? Seit Gründung des Reichs haben wir im Auslande über 800 Konsularbehörden errichtet. Auf den verschiedensten Gebieten haben wir die Ausgestaltung des internationalen Rechtes erlangt, und die Entwicklung geht in dieser Richtung. Hat man so wenig Vertrauen darauf, daß man bei jeder Gelegenheit auf die Eventualität eines Krieges hinweist? Durch die Fülle des **internationalen Rechtes** kann weit mehr erreicht werden, als durch solche Flottenprojekte.

Ueber die **Deckungsfrage** hat Herr Dr. Schädlar bereits einige recht bemerkenswerte Anmerkungen geübt. Die Flottenpropagandisten setzen sich mit einer **Leichtsinnigkeit** sondergleichen über diese Frage hinweg. Die patriotische **Phrasen** muß den Beweis ersehen. Ueber den **Humboldt** dieser Seite wundert man sich nicht, aber von den verbündeten Regierungen hätte man mehr erwarten dürfen, daß sie wenigstens den Versuch eines gründlichen Eingehens auf diese entscheidende Frage gemacht hätten. Das haben sie aber durchaus nicht gethan. Herr Dr. Schädlar hat recht. Wer dieser Vorlage zustimmt, muß die **Konsequenz neuer Steuern** in den Kauf nehmen, denn die **Möglichkeit**, die Mehrausgaben **ohne solche** zu decken, ist ganz **ausgeschlossen**. Welcher Art diese Steuern sein werden, ist klar. Es werden indirekte Steuern sein, die in erster Linie die Masse des arbeitenden Volks belasten. (Sehr richtig! bei den Soc.) Hat doch vor ungefähr drei Jahren bereits Graf Pobedonostoff auf die Erhöhung der indirekten Steuern hingewiesen. Alle die schönen **Phrasen** von dem Verzicht, die starken Schultern zu belasten, gelten für uns **nichts** (Sehr richtig! bei den Soc.). In der Praxis haben diese Phrasen nichts zu bedeuten. Wir hatten ja schon bei der letzten Flottenvorlage die Einführung einer progressiven Reichseinkommensteuer empfohlen. Ja, dafür ist die Majorität des Hauses nicht zu haben gewesen. Von dem System der **Besteuerung der breiten Massen des arbeitenden Volkes** will man nicht lassen. Opfer bringen wollen die herrschenden Klassen nicht. Sie wollen aus der Realisierung derartigen Projekte materielle Vorteile für sich gewinnen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Man sagt ja wohl, auch die Massen der Arbeiter würden von der Durchführung unserer Weltpolitik, von der Vermehrung der Flotte Vorteile haben, und es giebt wirklich Leute, die den Socialdemokraten deshalb, weil wir für die Forderung nicht zu haben sind, beschuldigen, daß wir die Verbesserung der Arbeiter verhindern wollen. Ach meine Herren, das ist blasse Thorheit. Wenn Handel und Industrie nicht durch die ganze wirtschaftliche Konstellation begünstigt werden, durch eine **Kriegsflotte** werden Sie eine Hebung der Arbeiterklasse niemals herbeiführen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Die **Weltpolitik**, wie sie heute herrscht, die sich überall vorbrängen will, bringt die größte Gefahr für den Frieden mit sich, und kommt es infolge dessen zu kriegerischen Verwicklungen, so leiden immer zuerst die Arbeiter darunter. Die Socialdemokraten sind auch für eine Weltpolitik, aber diese ist sehr verschieden von der Weltmachtspolitik. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Weltpolitik, wie wir sie wollen, besteht darin, daß dem deutschen Volk eine seiner **Kulturhöhe** entsprechende wirtschaftliche und soziale Stellung zukommt; zweitens darin, daß die Ehre des deutschen Namens durch den **Wetterer der Kräfte** im Auslande gewahrt wird. Wie sehen heute überall die **Expansionsbedürfnisse**.

Die **Veränderung** der Vorlage weist dabei auch auf die **Kolonien** hin. Wenn sie nur beweisen würde, daß diese Kolonien jemals der Förderung des deutschen Handels gebiet haben! (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Wie die Dinge jetzt liegen, kommt die ganze Kolonialpolitik nur einigen wenigen **Großhändlern** zu gute. Von einem merklichen Einfluß der Kolonialpolitik auf den heimischen Handel und die Industrie ist nichts zu spüren. Will man Weltpolitik, so sollte man dem Volk Gelegenheit geben, seine materielle und sittliche Kraft zu zeigen. Aus der Summe dieser Kraft heraus wird sich ganz von selbst ergeben, was uns Deutschen im Auslande den Vorrang einer autoritären Stellung einzuräumen vermag. Durch die Vermehrung der Kriegsschiffe werden Sie das nun und nimmer erreichen.

Selbstverständlich werden meine politischen Freunde die Vorlage **ohne weiteres** ganz entschieden **ablehnen** mit Rücksicht auf die großen Interessen des Volkes, die wahrhaft nationalen Interessen, die sich nicht von thörichten Idealen bestimmen lassen, sondern sich an das Reale und das tatsächlich Gegebene halten. Eine **Auflösung** fürchten wir natürlich **am allerwenigsten**, da gerade wir unumgänglich den Beweis geliefert haben, daß es uns auf die Sicherung der wahrhaft kulturellen Güter der Nation und der ganzen Menschheit ankommt. In diesem Streben werden wir fortfahren und dieses Streben schließt in sich, daß wir uns ganz entschieden **gegen diese Vorlage** wenden. (Lebhaftes Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Wassermann (natl.):

Herr Schädlar sagte, auch das Centrum wolle eine starke Schlachtschiff-Flotte, aber unsere Stärke beruhe in erster Linie auf dem **Landheer**. Diesen Satz können wir unterschreiben. Auch wir wünschen, daß nicht über der Wahrung der **Marine-Interessen** eine Verletzung der Interessen des **Landheeres** eintreite. Ebenso wollten auch wir Rücksicht nehmen auf die **Leistungsfähigkeit** des Volks und wollen, daß bei Ausbringung der Kosten die schwachen Schultern geschont werden und die breiten Massen des Volks nicht in **Mitleidenschaft** gezogen werden.

Dagegen behaupte ich gegenüber dem Herrn Abg. Schädlar, daß diese Vorlage nur einen **Anbau** des Flottenbestandes von 1898 bedeutet, wie er durch die tatsächliche Entwicklung notwendig geworden ist. Die **Kühe**, die Herr Schädlar nach Verabschiedung des damaligen Flottenbestandes erhoffte, konnte nicht eintreten, da die Mittel, die in dem Gesetz von 1898 zur Verfügung gestellt sind, nicht ausreichen, um die Bauten fertig zu stellen, die die Vorlage vorschlägt. Ich habe bei den beiden Herren Vordemern die Anerkennung der großen Vorteile vermisst, die diese Vorlage für unsern Handel, unsere Exportindustrie und damit für unsere deutschen Arbeiter bringt. **Es war ja nicht zu erwarten, daß die heutige Beratung eine Entscheidung oder auch nur eine Klärung der Sachlage bringen würde.** Die Ausführungen des Herrn Schädlar waren ja nicht besonders entgegenkommend. Immerhin hat er die **Brücke nicht abgebrochen**. Es war herauszubringen: Dieses Gesetz wollen wir nicht, vielleicht aber ein andres, vielleicht Bewilligung der Schiffe für einen kürzeren Zeitraum nach Lösung der Deckungsfrage.

Wir werden also die Verhandlungen in der Budgetkommission abwarten müssen und auch abwarten müssen, ob dann das Centrum nicht freundlichere Erklärungen abgeben wird. Der Abg. Frohne verkennt das große intensive Interesse in der Bevölkerung, auch in den Kreisen der Arbeiterschaft an der Flottenvermehrung (Lebhafter Widerspruch links), ja auch in den Kreisen der Arbeiterschaft. (Erneuter Widerspruch links.) Es mag ja sein, daß sich bei solchen Bewegungen immer Leute oben bemerkbar machen wollen, aber im großen und ganzen entspringt die Bewegung richtigen und nützlichen Erwägungen und allgemeiner Vaterlands-Liebe. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Man hat gefragt, wie ist es möglich, daß der alte Plan so einfach über den Haufen geworfen ist. Ich verweise darauf, daß es **viele Leute** im Lande gab, die den **ersten Flottenplan** gleich nicht für genügend gehalten haben. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Die **Weltlage** hat sich verändert, das muß der stärkste Flottengegner zugeben, wenn die Regierung erklärt, sie kann mit dem alten Plan nicht auskommen, so müssen wir ihr für ihre **Wachsamkeit** danken und nachprüfen, ob die Verklärung nötig ist. Die **Weltlage hat sich verändert**. Ich verweise auf den spanisch-amerikanischen Krieg, der gezeigt hat, wie leicht überseeische Verwicklungen kommen können. Die Vorgänge vor Manila und Samoa haben eine deutliche Sprache geredet und sie ist im deutschen Volke auch verstanden worden. Wir fühlen, daß wir noch zu schwach sind, um alle unsere überseeischen Besitztümer kräftig zu schützen. Es hat sich erst neulich bei der Interpellation gezeigt wegen der **Verhaftung deutscher Schiffe durch England**, daß wir solchen Interpellationen nicht den genügenden **Nachdruck durch die That** verleihen können. Die Deutschrift weist darauf hin, daß die Kosten bei dem steigenden Wohlstand nicht zu groß sind. Wir unterschreiben das. Wir sehen einen erschrecklichen Rückgang der Auswanderung. Dieser beweist uns, daß die Arbeiter mit den Verhältnissen zufrieden sind, sonst würden sie es vorziehen, den Stand von ihren Häfen zu schätzen. Flottenvermehrung und Zunahme der Bevölkerung stehen in Zusammenhang. Je mehr Menschen, um so größer unser industrieller Absatz im Auslande, desto größer der überseeische Handel, um so notwendiger auch der Schutz durch eine große Flotte. **Koch** einst. **Unser Bündnisfähigkeit wird durch starke Flotten erhöht.** Die Weltpolitik ist die Folge unserer gesteigerten deutschen See-Interessen, sie ist nicht der Phantasie eines Einzelnen entsprungen, wie sich Abg. Müller einmal ausgedrückt hat. Die gesteigerten deutschen See-Interessen werden so gar von der englischen Presse anerkannt. Das ist charakteristisch. Unsere Flottenvermehrung geht nicht über das hinaus, was die See-Interessen erfordern. In allen anderen Ländern hat ein starkes Flotten zu See begonnen. Dem müssen wir Rechnung tragen.

Der Abg. Frohne sagte: **Wozu eine große Flotte?** Haben Sie doch Vertrauen auf die friedliche Entwicklung, auf die internationale Abmachung. Seit der Interpellation über das Vorgehen Englands habe ich solches Vertrauen nicht mehr. Herr Frohne und vor ihm Herr Richter haben bestritten, daß ein **Zusammenhang zwischen Exporthandel und Flotte** existiert. Die **Frankfurter Zeitung** gewiß ein oppositionelles Blatt, bestritt diesen Zusammenhang nicht. In Bezug auf die Vermehrung des **Landheeres** ist im Volke nur eine Meinung, daß sie uns den Frieden bewahrt hat. Ich sollte meinen, die Sicherung des Friedens hängt auch von einer starken Flotte ab. Die Erschließung fremder Gebiete und das Festhalten solcher Stützpunkte ist nur mit einer starken Flotte möglich. Bei Seetriegen fremder Staaten können wir auf die Dauer nicht unsere Handelsflotte Schutz versprechen, wenn wir nicht selber eine **Maß** in die Waagschale werfen können. Haben wir zum Beispiel eine Garantie dafür, daß die diplomatischen Verhandlungen wegen der Freigabe unserer Schiffe geplatzt wäre, wenn England siegegrei geworden wäre? (Widerpruch links.) Die Flotte ist eine **Sicherungsprämie des Kaufmanns für die friedliche Entwicklung des Ueberseehandels**. (Widerpruch links.) Unsere Suche nach Rohmaterialien kann unter dem Mangel einer starken Flotte leiden.

Was nun die Vorlage selbst anbelangt, so **begriffen** wir es, daß sie keine **Bindung** enthält. Schon die Frage der Technik macht das notwendig. Unsere Schiffsdienst ist noch fortgesetzt dem Wandel unterworfen. Der Regierungsentwurf enthält sozusagen nur ein Programm. Es ist vorbehalten, Abänderungen zu treffen. Das ist durchaus loyal, wenn die Regierung und ihre Ansicht für die kommenden Jahre klarlegt. Es ist zweifellos vorteilhaft, wenn ein gewisses **Quantum** eingehalten werden kann, wenn nicht sprunghaft vorgegangen werden braucht. Wir werden in der Kommission sehen, ob nicht ein kürzerer Zeitraum sich ermöglichen läßt und ob nicht für diesen kürzeren Zeitraum bestimmte Forderungen bewilligt werden können. Für den Reichstag ist eine moralische Bindung sicher angenehmer. Man hat gefragt, was nützt überhaupt eine moralische Bindung. **Bindungen giebt es aber im öffentlichen Leben überhaupt nicht**, denn es können immer zwingende Ereignisse eintreten, die auch die festeste Bindung über den Haufen werfen.

Für die **Deckungsfrage** hat die Regierung keine bestimmten Vorschläge gemacht, sie hat nur die Annahme von Anleihen in Aussicht genommen. Man hat eingewendet, daß Anleihen nicht für unproduktive Ausgaben aufgenommen werden dürfen. Ich halte **Ausgaben für Meer und Marine nicht für unproduktiv** und habe für meine Ansicht einen guten Zeugen aus der socialdemokratischen Partei. Es ist der Kollege Schippel, der in den „**Socialistischen Monatsheften**“ diese Frage behandelt hat und zu dem Schluß kommt, er könne nicht in das kleinliche Prellmännchen über den wirtschaftlichen Sinn durch unproduktive Ausgaben für das Meer einklinken. (Hört, hört! bei den Nationalliberalen und rechts.) Das ist auch meine Meinung. Schließlich fließen aber diese Aufwendungen für Meer und Marine wieder in die Taschen der Steuerzahler zurück. Die Frage, ob die **Steigerung** der Einnahmen aus **Verbrauchssteuern**, **Stempelabgaben** usw. eine andauernde sein wird, kann natürlich positiv niemand beantworten, aber jedenfalls ist eine solche Steigerung zu erwarten, falls die Bevölkerungszunahme sich weiter so vollzieht, wie bisher. Andererseits können wir hoffen, mit **großen Ausgaben für das Meer in der nächsten Zeit verschont** zu bleiben, da viele Beziehungen zu den kontinentalen Mächten die denkbar besten sind. — Es wird in der Kommission zu erwägen sein, ob nicht eine größere Quote, als wie das Gesetz vorsieht, aus laufenden Mitteln aufstatt durch Anleihe gedeckt werden sollte. Die neue französische Marinevorlage sieht die Deutung der beantragten Verstärkung der Flotte durchweg aus laufenden Mitteln vor. Wir sind bereit, alle Vorschläge in Bezug auf die Deckungsfrage zu prüfen, der einzige Ausweg aber wird wohl sein, gewisse **Einnahmen** zu bestimmen, auf die für Flottenzwecke nicht zurückgegriffen werden darf. Eine solche Klausel ist ja auch schon in dem Flottengesetz von 1898 enthalten und es muß dafür gesorgt werden, daß sie auch für die neue Vorlage Gültigkeit behält. Man hat von einer **Reichs-Erbchaftsteuer** und von einer **Vermögenssteuer** auf große Einkommen gesprochen. Wir sind **prinzipiell bereit**, diesen Weg zu **betreten**, verstehen uns aber nicht die **Zawierigkeiten**, die der Ausführung dieser Vorschläge gegenüber stehen. — Herr Schädlar hat besonders die **Schattenseiten** der Vorlage hervorgehoben, in der **Centrumspresse** ist aber doch vielfach die **Notwendigkeit** der Flottenvermehrung als solcher angefaßt worden. Wir haben in den letzten Jahren vielfach mit dem Centrum große nationale Aufgaben gelöst, ich erinnere an das **Bürgerliche Gesetz**, die **Militärstrafprozeßordnung**, die **letzte Militär- und Flottenvorlage**. Wir erkennen auch die großen Verdienste des Herrn Dr. Lieber durchaus an und ich schätze mich gern den Wünschen auf seine **Wiederherstellung** an. (Bravo! im Centrum.) Ich gebe daher die **Hoffnung** nicht auf, daß es gelingen wird, mit dem Centrum auch in der Frage der **Flottenvermehrung** auf einen **gemeinsamen Boden** zu kommen, und daß eine **Ankündigung** des Reichstags vor uns ferngefallen wird. Wenn der Reichstag in solch wichtigen nationalen Fragen zu einem Konflikt drängt, wird dadurch nur den **Konfliktgelüsten** derjenigen Elemente in der Regierung,

die immer nach dem starken Mann rufen, Vorhau ge-
leitet. Dieser höhere Gesichtspunkt mühte auch für das
Centrum maßgebend sein. Die Herren von der jüdischen und
freisinnigen Volkspartei werden ja jedenfalls gegen die Vorlage
stimmen. Nach den Meinungen in der Presse und den Vor-
gängen in der letzten großen Berliner Versammlung dürfte
aber doch Herr Richter seiner Anhänger nicht mehr
ganz sicher sein (Lachen links), ja es ist mir sogar
zweifelhaft, ob alle Mitglieder seiner Fraktion der
Flottenvermehrung gegenüber auf einem ablehnenden Stand-
punkt stehen. (Lachen links. Zurufe: Märchen! Jogerlatsch!) Nun,
ich glaube ja, daß die Herren nicht anders stimmen werden, als Herr
Richter es ihnen befiehlt. (Lachen links! Sehr gut! bei den
Nationalliberalen.) Daß sie aber alle grundsätzliche Gegner
der Flotte sind, glaube ich auch nicht. Ich gebe zu, die
machtvolle Persönlichkeit des Herrn Richter wird auch bei
dieser Gelegenheit in der Lage sein, die schwankenden Reihen seiner
Partei noch zusammenzuhalten (Lachen links), aber er möge doch
bedenken, daß die Gesamtinteressen der nationalen Parteien bei
einer Auflösung auf Grund der Ablehnung der Flotten-
vorlage jedenfalls zu Schaden kommen. — Noch einige Worte
zu den Ausführungen des Herrn Abg. Frohme. — Herr
Dr. Franke, der Herausgeber der „Socialen Praxis“, sicher ein
arbeiterfreundlicher Mann, hat darauf hingewiesen, daß in der
Maschinenbau-Industrie, der Geschloßfabrikation, den Torpedofabrik-
kationen usw. jährlich ca. 70 Millionen Mark Löhne gezahlt werden. Wie
kann man da leugnen, daß auch die Arbeiter ein großes Interesse an der
Flottenvermehrung haben. Lediglich sind auch aus dem sozialistischen
Lager Stimmen laut geworden, die sich mit den Ausführungen des
Herrn Abg. Frohme durchaus nicht decken. (Rufe bei den Social-
demokraten! Wo?) In den „Socialistischen Monatsheften“ in einem
Artikel des Herrn Erich Roth. (Lachen bei den Socialdemo-
kraten.) Vom „Vorwärts“ ist ja dieser Herr dann allerdings
abgeschnitten worden, es ist aber in den „Socialistischen Monats-
heften“ ein zweiter Artikel von Herrn Erich Roth erschienen, der
Herrn Roth als Genossen bezeichnet. Außerdem hat auch Herr
Schippel auf dem letzten Parteitag der Socialdemokratie dieses Wort
als ein socialdemokratisches anerkannt. Er hat darauf hingewiesen,
daß es von Parteigenossen redigiert wird und hervorragende Parteige-
nossen wie Heine, Schippel, Liebknecht, Ledebour usw. zu seinen
Mitarbeitern zählt. Herr Roth schreibt nun: „Die ganze
Flottenfrage hat auch für die Arbeiterklasse eine ganz eminente
Bedeutung. Die Notwendigkeit, unsere Nocturne zu verneuern, kann
nur der in Abrede stellen, der alle Konflikte auf friedlichem Wege
lösen zu können meint. Daß dies nicht möglich ist, lehrt die Ge-
schichte.“ Weiter heißt es da: „Wer vermog zu sagen, ob wir nicht
einst mit Panzern und Torpedos und die gesicherte Basis für die
socialistische Gesellschaft erlangen müssen.“ — Ohne starke
Flotte kein Kolonialreich.“ — In dem Artikel des Herrn Erich
Roth heißt es dann: Nehmen wir an, es sei Krieg,
Nationalität muß die Flotte so stark sein, daß eine Blockierung nicht
möglich ist. Dazu reicht die bestehende Flotte aus.“ — Dagegen
haben aber die Herren (zu den Socialdemokraten) ja auch gestimmt.
Weiter sagt er: „Wer wertvolle Kolonien besitzt, muß sich rüsten,
deshalb erklären sich auch die englischen Arbeiter für die Flotte.“
Nun, nach diesen Ausführungen wird ja auch die socialdemo-
kratische Partei in der Lage sein, für die Flottenvermehrung zu stimmen.
(Bravo! bei den Nationalliberalen, Lachen bei den Socialdemokraten.)
Zu die Flottenvermehrung haben sich manche Elemente einigemüßt,
die besser ferngeblieben wären, aber im allgemeinen ist eine Be-
geisterung für die Flottenvermehrung im Volke vorhanden. Diese
Begeisterung ist durchaus ehrlich und ich kann nur wünschen, daß sie
hier im Reichstag einen Widerhall findet. Ich hoffe, wir werden
hier zu einer Einigung kommen. So verschieden unsere Ansichten
auch in wirtschaftlichen und politischen Fragen sind, in nationalen
Fragen, in Fragen der Wehrkraft sollten wir einig sein und
es nicht darüber zu einer Auflösung des Reichstags kommen
lassen. (Abg. Singer: Weil Sie sich fürchten.) Nein wir fürchten
eine Auflösung nicht. (Rufe links: Oh! Oh!) Nein, denn wir haben bei
allen Auflösungen, die infolge von Wehrkraftfragen erfolgt sind, gute
Geschäfte gemacht. Ich will schließen: Wer die Meere beherrscht,
der beherrscht den Handel, wer aber den Handel beherrscht, der be-
sitzt die Schätze der Welt und damit die Welt selbst. (Lachhafter
Beifall bei den Nationalliberalen und rechts. Fischen links.)

Abg. Hilpert (bayr. Bund der Bauern):
Wir haben bisher immer gehofft, die Regierung werde nun
endlich einmal der Not der Landwirtschaft ein Ende machen.
Statt dessen kommt eine neue Flottenvorlage. (Allgemeine
Heiterkeit.) Meine politischen Freunde wollen von der ganzen
Vorlage nichts wissen und eigentlich auch gar keine
Kommissionsberatung. Wir waren so lange patriotisch, als wir
noch irgend eine Hoffnung auf Erlösung aus unserer Not hatten.
(Erneute Heiterkeit.) Jetzt ist diese letzte Hoffnung geschwunden.
Wir werden vielleicht unser Patriotismus wieder zeigen,
wenn die nächsten Handelsverträge wieder für uns
günstiger ausfallen werden. (Stürmische Heiterkeit.) Wir
stimmen also gegen die Flottenvermehrung aus wirtschaftl. Not.
Das unterscheidet uns von den Socialdemokraten, die dagegen
stimmen, weil sie überhaupt keinen Patriotismus haben.

Präsident Graf v. Valkreim: Herr Abgeordneter Hilpert,
Sie dürfen Mitgliedern des Hauses nicht vorwerfen, daß sie keinen
Patriotismus haben. (Große Heiterkeit.) Ich rufe Sie deshalb zur
Ordnung.
Abg. Hilpert (fortfahrend): Ich meine Socialdemokraten außer-
halb des Hauses. (Stürmische Heiterkeit.)
Präsident Graf v. Valkreim: Die Socialdemokraten außer-
halb des Hauses dürfen hier nicht stimmen. (Große Heiterkeit.) Ich
halte also meinen Ordnungsruf aufrecht.
Abg. Hilpert (fortfahrend): Die Verschlagnahme deutscher
Schiffe durch England ist eine gemachte Sache. (Stürmi-
sches Lachen auf allen Seiten des Hauses.) Der Kaiser
soll jemanden nach England geschickt haben, der die
Sache gemacht hat. (Erneute stürmische Heiterkeit.) Auf
rechts: Unverschämtheit! So erzählt man sich im Volke. (Heiterkeit.)
Man sagt, die Flotte brauchen wir wegen unserer überseeischen Handels-
wege haben doch aber eben von Herrn Bismarck gehört, Deutsch-
lands Handel steht an erster Stelle und Englands, trotz der
großen Flotte erst an zweiter Stelle. (Widerspruch des Abg. Wasser-
mann, Heiterkeit.) Eine Kommissionsberatung wird ja beschlossen
werden. Die Debattefrage wird darin ja hauptsächlich mitspielen. Wenn
die Debattefrage auf die Leistungsfähigen Schultern
gelegt werden sollte. (Stürmische Heiterkeit.) Dann werden
wir und nicht gemieren, auch für die Flottenvermehrung zu stimmen.
(Erneute stürmische Heiterkeit.)
Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag
1 Uhr.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Unfallversicherungs-Kommission
erledigte am Donnerstag diejenigen Paragraphen, die sich auf die
Organisation der Berufsgenossenschaften beziehen. Die Social-
demokraten beantragten, daß endlich den Arbeitern der ihnen ge-
hörigende Einfluß in den Berufsgenossenschaften eingeräumt
werde. Schon der Vorgänger des jetzigen Staatssekretärs
des Innern, Herr v. Bötticher, habe zugestanden, daß in
den Berufsgenossenschaften die Mitwirkung der Arbeiter un-
vermeidlich sei, sobald diese Körperschaft zu Behörden geworden.
Nach einem von der Regierung in der Kommission mitgeteilten Urteil
sei aber inzwischen hauptsächlich der Ausdruck der Berufsgenossenschaften,
als eine Behörde zugelassen, vom Kammergericht anerkannt worden. Zudem
werden ihnen durch die gegenwärtige Reform mehrere wichtige Funktionen
zugewiesen, die bisher nur Behörden zustanden. Deshalb müßte jetzt
das Verschwinden des Ministers v. Bötticher erfüllt werden. Hierzu
konnte noch, daß die Berufsgenossenschaften sich mit überaus wichtigen

Arbeiterinteressen zu beschäftigen haben. Trotzdem hielten es weder die
Vertreter der Regierung noch die der bürgerlichen Parteien für nötig,
über diesen, vom Standpunkte des gleichen Rechts für alle hoch
eigentlich selbstverständlichen Antrag auch nur ein Wort zu verlieren.
Alle Verbesserungsvorschläge wurden einfach niedergelassen, so daß
auch weiterhin die Arbeiter in den Berufsgenossen-
schaften völlig rechtlos bleiben. Auch die kleinen
Unternehmer sind nicht viel besser fortgekommen. Die Socialdemo-
kraten verlangten, daß in den Berufsgenossenschaften das Mit-
bestimmungsrecht der kleinen Unternehmer ihren großen Konkurrenten
gegenüber nicht zu sehr geschmälert werden dürfe. Aber auch dieses
wurde abgelehnt.

Die Angestellten der Berufsgenossenschaften wünschen, daß ihre
Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch das Gesetz geregelt werden,
ähnlich wie bei den neuen Invalidenversicherungs-Gesetz ge-
schehen ist. Der Staatssekretär des Innern, Graf v. Posadowsky wies
darauf hin, daß die Berufsgenossenschaften private Gesellschaften mit
reiner Selbstverwaltung seien. Freilich erweise es
zweifelhaft, ob sie auf die Dauer diesen rein
privaten Charakter beibehalten werden können,
nachdem ihnen durch die gegenwärtige Änderung
so wichtige Aufgaben anvertraut worden seien.
Für jetzt sei es jedoch noch ausgeschlossen, daß sich die Gesetzgebung
in die Angelegenheiten der Berufsgenossenschaften so weit hinein-
mischt, wie es die Angestellten wünschen. Die Socialdemokraten erinnern
daran, daß auf die Angestellten der Berufsgenossenschaften die Schutz-
bestimmungen des Handelsgesetzbuches bzw. des Bürgerlichen Gesetzbuches
Anwendung finden.

Durch eine von der Regierung vorgeschlagene Änderung soll
ausdrücklich anerkannt werden, daß die Berufsgenossenschaften besoldete
Geschäftsführer anstellen können. Die Socialdemokraten bemerken hierzu,
daß bereits jetzt manche besoldete Geschäftsführer sich durch eine
rücksichtslose Behandlung der Arbeiter auszeichnen. Diese Leute
suchen offenbar durch eine möglichst große Verminderung der Renten
sich bei ihren Vorgesetzten eine besondere Berücksichtigung zu verdienen.
— Das Reichs-Versicherungsamt soll die bezüglich der Anstellung
der besoldeten Geschäftsführer erforderlichen Vorschriften erlassen.
Die Berufsgenossenschaften befürchten, daß auf Grund dieser
Bestimmung bei der Anstellung der Geschäftsführer eine Einmischung
des Reichs-Versicherungsamts erfolgen könne. Der Staatssekretär
versichert aber, daß die Regierung hieran nicht im mindesten denke.

Die Mitglieder des Vorstandes und die Vertrauensmänner sollen
ihre Amt als „unentgeltliches Ehrenamt“ verwalten. Trotz-
dem sind für die Ausübung des „unentgeltlichen Ehrenamts“
mitunter viele Tausende, ja Zehntausende Mark ausgegeben worden.
Diesem Umstand will die Regierung dadurch einen Riegel vorsetzen,
daß die Höhe der Entschädigung der Genehmigung des Reichs-
Versicherungsamts unterliegen soll. Die Socialdemokraten fürchten,
daß auch durch diese Maßregel nicht viel erreicht werde. Sie verlangen
daher, die Entschädigung dürfe nicht mehr betragen, als ein Zeuge
nach dem Gesetz an Zeugengebühren für die betreffende Zeit erhält.
Eine solche, wirklich ernsthafte Maßregel wollen jedoch die bürger-
lichen Parteien nicht, sie lehnen den socialdemokratischen Antrag ab
und begnügen sich mit dem Regierungsentwurf.

Nächste Sitzung Montag.

Prozeß v. Kriegsheim und Genossen.

Zweiter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Rössler
erklärt R. A. Dr. Schwandt, daß nach schriftlichen und münd-
lichen Mitteilungen des Angeklagten v. Kriegsheim dieser infolge der
Anstrengungen der letzten Tage so mitgenommen ist, daß er des
Rauchs nicht schlafen kann und Chloralhydrat habe nehmen
müssen. Er bitte, dem Angeklagten in den nächsten Tagen etwas Ruhe
zu lassen, indem vielleicht zunächst einige Hülfe verhandelt werden, an
denen nur der Angekl. Bismann beteiligt sei. Der Vorsitzende sagt zu,
daß er dem Wunsch nach Möglichkeit entsprechen werde. Der hierauf als
Zeuge vernommene Hotelier Krause, auf den sich v. Kriegsheim berufen
hat, um zu beweisen, daß er Geld gehabt habe, als er aus der Pension
Wilsinger sich entfernte, bekundet, daß v. K. mit seinen beiden Damen
vom 30. Dezember bis zum Mai bei ihm gewohnt, etwa 1500 M.
nach und nach bezahlt habe und noch etwa 200 M. schuldig geblieben
sei. — Rechtsanwalt Dr. Hugo Marcuse hat seiner Zeit im
Auftrage des Angeklagten v. Kriegsheim mit Frau v. Wilsinger
verhandelt. Er giebt eine kurze Charakteristik des Angeklagten, die
für den Gang der Verhandlungen nicht von wesentlicher Bedeutung ist.
Rechtsanwalt Bronner läßt sich von dem nächsten Zeugen,
Kaufmann Arend, bestätigen, daß v. Kriegsheim eines Tages im
Spätherbst im Bureau des Zeugen vorübergehend 3000 M. nieder-
gelegt habe, die er nicht zur Reimbahn mitnehmen wollte. Ob dies
gerade zur Zeit war, als v. Kriegsheim die Erhöhung des Stamm-
kapitals für seine Bank angemeldet hatte, weiß der Zeuge nicht.

Vorsitzender und Anwalt.

Rechtsanw. Morris unterstützt das Ersuchen des Angeklagten
und weist darauf hin, daß nun zum zweitenmale kurze thätigliche
Zeistellungen, die zu Gunsten des Angeklagten dienen, kurzer Hand
abgewiesen werden. — Der Vorsitzende verwahrt sich in nachdrück-
licher Form gegen diese Bemerkung. Dieses System der Ver-
dächtigung gegen die Unparteilichkeit der Zeitung müsse er entschieden
zurückweisen. Ein solches Verfahren, bei welchem es sich doch nur
um Sensationsmacherei handelt, sei derartig, daß er sich vor-
behalten müße, daselbe nach Schluß dieser Verhandlung einer andern
Zustanz zu unterbreiten. — Rechtsanwalt Morris bittet um
Wort, der Vorsitzende erklärt aber, daß die Diskussion hier ge-
schlossen sei und der Verteidiger sich beschwören könne.
Der Vorsitzende sagt weiter hinzu: Um allen Weiterungen
mit den andern Verteidigern vorzubeugen, bemerke er aus-
drücklich, daß sich seine Bemerkungen nur auf den Rechtsanwalt
Morris beziehen. Das von ihm gezeigte Verfahren reihe sich
wichtig denjenigen Verdächtigungen an, die schon hinsichtlich des
Untersuchungsrichters erhoben worden seien. Rechtsanwalt
Morris fragt, ob der Vorsitzende den Vorwurf der Sensations-
macherei gegen ihn habe richten wollen. — Er habe schon vorgelassen,
als der Vorsitzende denselben Ausdruck gebraucht, ihn gefragt, ob er
gegen ihn gemüht sei und der Vorsitzende habe damals vermeintlich
geantwortet. — Landgerichtsdirektor Rössler bestätigt dies, erklärt
aber, daß er in diesem Falle den Vorwurf gegen Rechtsanwalt
Morris erhebe. — Auf Ersuchen des Rechtsanwalts Morris
findet eine kurze Pause statt, weil sich der Verteidiger mit v. Kriegs-
heim über die Notwendigkeit beraten will, die

Verteidigung niederzulegen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt Rechtsanwalt Morris:
Wenn der Vorsitzende in seiner Veneckung eine persönliche Kränkung
und einen Vorwurf gegen die Unparteilichkeit der Zeitung erkläre,
so bedauere er dies und erkläre, daß ihm ein solcher Vorwurf
ferngeliegen habe. Er habe lediglich die berechtigten Interessen seines
Raubanten wahrgenommen. Was den vom Vorsitzenden gemachten
Vorwurf der Sensationsmacherei betreffe, so hätte es seinem persön-
lichen Empfinden am meisten entzogen, die Verteidigung nieder-
zulegen. Auf die Witten des Angeklagten und auf den Hinweis seiner
Kollegen, daß er das Material zu zahlreichen Punkten
der Anlage ganz selbstständig bearbeitet habe, habe er
in dem Konflikt zwischen seinem persönlichen Empfinden
und seiner Pflicht sich entschieden, die letztere auch ferner
zu erfüllen. Er werde nach wie vor die Rechte des An-
geklagten wahrnehmen und behalte sich im übrigen die ihm zu-
stehenden gesetzlichen Schritte vor. — Präz. Landgerichtsdirektor
Rössler: Er könne den Vorwurf der parteiischen Leitung der
Verhandlung nicht auf sich sitzen lassen, denn dies sei der schwerste
Vorwurf, der einem Richter gemacht werden könne, und der Richter,
der sich dagegen stillschweigend verhalte, verdiene solchen Vorwurf.
Im übrigen freue er sich, daß der Verteidiger diese persönliche
Differenz nicht zum Ausgangspunkt genommen habe, um die Ver-
teidigung niederzulegen. — Der Zwischenfall ist hiernit erledigt.

Die weitere Verhandlung bezieht sich auf Fälle, in welchen dem
Angeklagten Bismann ein Betrag zur Last gelegt wird. Diefelben
sind ohne allgemeines Interesse und das belastende Material reicht
in den meisten Fällen nicht aus, um ein strafbares Verhalten des
Angeklagten darzutun. — Vor Schluß der Sitzung beantragt der
Verteidiger Bismanns, Rechtsanwalt Mag Schneider, die

Saftentlassung

seines Klienten. Von den 19 Fällen, in denen dieser überhaupt an-
geklagt sei, seien nur 13 verhandelt und das Ergebnis sei, daß
mindestens in 12 Fällen die Freisprechung Bismanns erfolgen müsse.
Der Angeklagte befinde sich seit 1 1/2 Jahren in Untersuchungshaft
und bei den übrigen noch zu verhandelnden 6 Fällen würde event.
die Strafe nicht so hoch ausfallen, daß der Angeklagte fluchtverdächtig
erscheine.

Nach kurzer Beratung verkündet der Vorsitzende den Beschluß des
Gerichts dahin, daß Bismann aus der Haft zu ent-
lassen sei, da die Gründe, welche für eine Fortdauer der Unter-
suchungshaft maßgebend waren, nicht mehr bestehen und flucht-
verdacht nicht vorliegt. — Während der Sitzung war ein Telegramm
der Frau v. Kriegsheim aus München eingegangen, in welchem
sie dem Vorsitzenden anzeigt, daß weder sie noch ihre
Schwester verhaftet seien, daß sie sich, ordnungsmäßig an-
gemeldet, in München aufhalten, keinerlei Grund zu einer Verhaftung
erkennen können und jederzeit bereit seien, einem Aufse an Gerichts-
stelle Folge zu geben. — Der Staatsanwalt erklärt, daß er
Anträge nach dieser Richtung hin nicht zu stellen habe.

Nächste Sitzung: Freitag.

Veranstaltungen.

Köpenick. Die Protestversammlung gegen die Flottenvorlage
am Mittwochabend war gut besucht, der große Saal des Hotels
„Kaiserhof“ war vollständig von Männern und Frauen gefüllt.
Reichstags-Abgeordneter Fischer (Sachsen) besprach in einesthalb-
stündiger Rede die Flottenvorlage und deren Folgen und erntete
lebhaften Beifall. Nach ihm nahm ein Herr Dr. Walter Claassen
aus Friedrichshagen das Wort, um zunächst zu verkünden, daß heute in
allen 19 Veranstellungen Vertreter der Flottenvorlage entgegen den
„Socialdemokratischen Führern“ die Arbeiter „eines Besseren belehren“ und
die auch von ihnen mitgebrachte Resolution für die Vorlage zur Ab-
stimmung bringen würden. Sodann brachte er seine „Gründe“ für
die Vorlage vor, die mit großer Heiterkeit von Seiten der Versamm-
lung aufgenommen wurden, da die Arbeiter absolut nicht begreifen
konnten, warum sie eine Flottenflotte schaffen sollten, die, nach der
Begründung des Herrn Claassen, das Deutschtum, die
deutschen Kapitalien im Auslande (Brasilien usw.) und
die Interessen der Besitzer ausländischer Staatspapiere — die zum
großen Teil in Händen „kleiner Leute“ seien! — schützen solle.
Auch die „Begründung“, daß die deutsche Seemacht so stark werden
müsse, um einen Angriff zur See von Seiten der Engländer —
der in Aussicht stehe! — abzuwehren zu können, ließ keinen Ernst
aufkommen und erweckte lärmliche Heiterkeit. Genosse Fischer und
zwei Genossen aus Köpenick blieben die Antwort nicht schuldig und die
Abstimmung ergab die einstimmige Annahme unserer Resolution
gegen die Vorlage, natürlich mit Ausnahme des Herrn Claassen und
seiner mit ihm gekommenen Freunde, die a lle in für ihre Resolution
stimmten. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die inter-
nationale, völkervereinende Socialdemokratie wurde die Versammlung
gegen 12 Uhr geschlossen.

Waldmannsluß. Am 4. d. Mts. wurde hier eine Volksver-
sammlung abgehalten, in der Freiwald über die Bedeutung der
Gewerkschaften sprach. Hierauf erstattete Adam Bericht über die
Kreiskonferenz. Am Schluß machte der Vorsitzende die Genossen
auf den am 17. Februar bei Ruhn stattfindenden Maskenball auf-
merksam.

Veranstaltungen.

Arbeiter-Bildungsschule. Neue Kohlr. 3. Freitag: Rede: Übung,
Moderator und Diskussion über wissenschaftliche Themen aus dem wirtschaft-
lichen, gewerkschaftlichen und geistigen Leben. Vortragender: Schriftföhrer
Dr. Rudolf Steiner. — Bibliothek: 8-9 Uhr. — Beginn des Unterrichts:
9 Uhr, Ende 11 Uhr.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. Vor-
sitzender: Bild. Thate, Schöneberg, Grunewaldstr. 99. — Erster Kassierer
Gottfried Boris, Stallgerstr. 113. — Alle Änderungen im Vereinskalender
sind zu richten an Otto Haack, Streitgerstr. 15, Hof II. — Freitag,
Übungsstunde abends 9-11 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. —
„Kaiserlicher Männerchor“, Wernau, Schwedterstr. 23/24. — „Nord“, Adolf
Reumann, Brunnenstr. 150. — „Unverzagt I“, Battershof, Stallgerstr. 51/52. —
„Bauhilfen Männerchor“, Fährhof, Köpenickerstr. 137/38. — „Berliner
Sängerbund „Moabit“, Platz, Paulstr. 10. — „Rigoldocher“, Sachse,
Vindobenerstr. 20. — „Gemütsheil“, Papey, Krüger, Seidenstr. 30. — „Hörner-
chor I“, Charlottenburg, Leder, Börsenstr. 74. — „Typographia“, Kaminhallen,
Königsplatzstr. 20. — „Gloria“, Holzschlager, Oranienstr. 183. —
„Kriegslied“, Helld, Weinstr. 11. — „Kolonialer Fortschritt“, Geife,
Zwischenstr. 26. — „Jris“, Martin, Rammstr. 86. — „Männer-
Gesangsverein“, Brandenburg a. H., Mengert, Bergstr. 6. — „Liberté“,
Bogel, Brangelstr. 78. — „Vierteltel Freie Sängler“, Hahn, Neue
Königsstr. 73. — „Nordstadt“, Willbrodt, Müllerstr. 7. —
„Sängerfreis“, Neu-Weichen, Karowstr., Friedrichstr. 5. — „Ein-
tracht II“, Gerdwalde, Restaurant „Zur Wägle“. — „Völk-
erfröhen“, Stützschulte, Oranienstr. 100. — „Neue Zeit“, Lorenz,
Balt. u. Holzstr. 66. — „Viederfranz“, Brandenburg a. H., Bergstr. 6. —
„Kriegswäcker Männerchor“, Weichen, Zum Prälaken, Ledderstr. 122. —
„Kathol. Männerchor“, Wilmersdorf, Gddel, Sandberger Allee 156. —
„Trepow“ in Trepow, Stäffelt, Baumhüttenweg. — „Metallarbeiter-
Chor“, Robert, Markstr. 14. — „Trepow“, Rosau, Plantenfeststr. 9. —
„Kanon“, Kirovstr, Eder, Erntestr. 8. — „Sängerbund“, Conrad,
Wassilstr. 8. — „Gesangsverein“, Papey, Schiller, Köpenickerstr. 57. —
„Kolonialer Viederfranz“, Spreckelsen, Krügerstr. 27. — „Freie Sängler I“,
Hergemülle b. Gerdwalde, Baugasse, Jagdstr. 18. — „Kolonial“, Vian,
Königsbergerstr. 34. — „Kun“, Rangold, Hegnerstr. 18. — „Sängerbund“,
Sander, Köpenickerstr. 158. — „Schuttmacher Berlin“, Weigmann, Andross-
str. 32. — „Alliance“, Kaiser Franz Grenadierweg 7 (Restaurant). —
„Boray“, Kaduf, Rammstr. 6. — „Kolonial“, Kirovstr, Wenzler, Steinweg-
str. 55. — „Einigkeit Nordwest“, Heyer, Bredowstr. 11.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. Änderungen im
Vereinskalender sind zu richten an Eugen Kutsche, Kirdor, Radlauer-
str. 1, IV. Freitag: „Germania“, Kuback, Krügerstr. 21. — „Freie
Stunde“, Gauger, Merandstr. 122. — „Apfelblüte“, Hoffmann, Wiesen-
str. 29a. — „Gemütsheil II“, Prag, Brangelstr. 22.

Gesang, Turn und geistliche Vereine. Freitag. Tanzlehrer-
verein „Solidarität“, Englischer Hof, Neue Kohlr. 3.
Arbeiter-Turnverein. Freitag. Turnv. „Nichte“, Berlin. Abds.
von 8-10 Uhr: 2. Männerabdt Stallgerstr. 55-56. 4. Männerabdt:
Stephanstr. 5. Männerabdt Kiderstr. 67. 6. Männerabdt, Stallgerstr.
54. 1. Lehrlingsabdt, Friesenstr. 37. 3. Lehrlingsabdt, Boedstr. 17/20.
1. Damenabdt, Mariannen-Platz 1a. — „Freie Turnerschaft“, Kirdor-Str.
1. Lehrlingsabdt abends von 8 1/2-10 1/2 Uhr, Thomas, Hermannstr. 48/50.
1. Schülerinnenabdt abends 8 1/2-9 1/2 Uhr, 1. Männerabdt, 8 1/2-10 1/2 Uhr
bei Peters, Aniebedstr. 113. — Turnerschaft des Vereines „Kreuz“
(gegr. 1882), Männerabdt von 8-10 Uhr abds, Reichenbergerstr. 131/132
Damen-Abdt. v. 8-10 Uhr abds, Mantickestr. 7. — Turnverein „Eide“,
Köpenick, Männer- und Jugendabdt von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends,
Hotel Klein am Wilhelmshofweg. — Turnv. „Froh u. Frei“, Groß-Unterfeldstr.
Vogel, Chausseest. 104. 8 1/2-10 1/2 Uhr abends. — „Freie Turnerschaft“,
Friedrichsberg, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr, Sube, Prinzen-Allee 30.

Arbeiter-Schwimmverein. Anfragen an G. Fraße, Schullstr. 24.
Schwimmklub „Reptun“, Weichen, abends 7 1/2 Uhr, im Seebad (Kaiser-
— Schwimmklub „Vorwärts“, abends 7 1/2 Uhr, Kaidorferstr. 14b (ehemals
Studentenbad). — Schwimmverein „Gut-Ruh“, Übungsstunde jeden Freitag,
abends 7 Uhr, Volks-Badeanstalt Moabit, Turmstr. 8a.

Arbeiter-Kadaververein, Berlin. Freitag: Leben im Kunst-
und Reigenfahren bei Naabe, Kolbergstr. 23.
Arbeiterverein „Vorwärts“, Köpenick. Jeden Sonnabend im
Verkehrshof, Koro-gade 49: Versammlung. Diefelbst befindet sich auch
die Bibliothek des Vereines. Die nach Köpenick kommenden Genossen wollen
dies beachten.

Waldmannsluß zur Bekämpfung der Diphtherie. Freitagabend
8 1/2 Uhr in Cohns Resthau, Genthstr. 19, Solifoverjammlung.
Vorträge über: 1. Die Zeichen und die Auslosung der Diphtherie.
Vortrag: E. Schiller. 2. Die Hülfsände in der Fleischschau auf dem
Berliner Schlachthof. Vortrag: Mag Conig. Diskussion.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 9. Februar.
Opernhaus. La Traviata. Anfang 8 Uhr.
Schauspielhaus. Auf Straßland. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Probetandant. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Der Pöbeler von Kirchfeld. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die Kunst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Rache Kunst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Fräulein. Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Bärenhäuter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.
Hessens. Die Dame von Morim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Finken. Der Widerspenstigen Zähmung. Anfang 8 Uhr.
Central. Die kleine Excellenz. Anf. 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Die Jagd nach dem Glück oder: Die Diebin. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Berliner Bilder. Anfang 8 Uhr.
Friedrich Wilhelmstädisches. Ein gelunder Junge. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Der selige Zwiemelmann. Anfang 6 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Anwaltsstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Der größte Schläger der Saison!
Täglich fast überkauft!
Die Jagd nach dem Glück
oder: Die Diebin.
Realistisches Lustspiel mit Ges. in 7 Bildern von Carl Weiss. Musik von F. Fall. Anfang 8 Uhr.
Vorstellungsdauer 1 1/2 Stunden.
Im Tunnel v. 7 Uhr an Freikonzert. Morgens: Diefelde Vorstellung. Morgen Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Kinder-Vorstellung.
Rotkäppchen.
Märchenpiel mit Gesang und Tanz in sechs Bildern von Billy King. Bilder-Vorverkauf von heute ab an der Kasse von 10-1 1/2 Uhr.

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440. Dresdenerstr. 72/73.
Täglich:
Noch nie dagewesener Vollen-Lagerfolg!
Im Himmelhof.
Thomas, Tschelcher, Geierding, Junfermann, Baumhüter.
Morgen und folgende Tage: Im Himmelhof.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22
Großer Erfolg des neuen
Februar-Programms.
Erfolgreiche Spezialitäten.
Neu! Neu! Neu!
Kriegsschauplatz in Transvaal.
Um 8 1/2 Uhr: Novität: Großer Beifall! Director: Rich. Winkler u. Wilh. Fröbel in der romantischen Fälnachts-Burleske:
Der selige Zwiemelmann.
Anf. 7 1/2 Uhr. Vorverkauf v. 11-1 Uhr. Sonnabend nach der Vorstellung
Tanz.
Ritzpod, den 21. Februar: Benefiz für die beliebte Soubrette Helene Voss. Einmalige Aufführung „Im weissen Rössl“.

Metropol-Theater
Behrenstr. 55/57.
Vollständig neues Februar-Spezialitäten-Programm.
Madle. Sidley. Miss Dejo.
Les Arbras. Les Vincentina.
Allison-Truppe.
Litke Carlsen.
Um 9 Uhr 30 Minuten
Die verkehrte Welt
mit der feinsten Truppe-Revue.
Anfang an Wochentagen um 8, an Sonn- und Festtagen 7 1/2 Uhr abends.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Heute Freitag und morgen Sonnabend wegen Vereinfachung:
Keine Soiree.
Sonntag, den 11. Februar:
Hoffmanns Norddeutsche Sängers
Neu! Hoffmann als Präsident Krüger.
Cirkus Busch.
Heute, Freitag, den 9. Februar cr., abends 7 1/2 Uhr: Gr. hum. Clown-Abend.
Zum 92. Male: **Die Camorra.** Kasperchen, Amateure - Konjunktur-Parade. 100 W. Prämiat. Charakter von 100 Clowns. Der Feuerorgel Hr. Kivall. Die Matinee-Arbeiten: Trompe. Monette à cheval.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“.
Hörsaal:
Dr. Schwahn: „Die Bewegungen in der festen Erdrinde“.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
Neu! Neu! Neu!
Ein Riese
der englischen Armee
Sergeant Th. Dalroy
2 m 30 cm hoch!
Oberbayerische Sängers und Schuhplattler-Gesellschaft.

Passage-Panopticum.
Geöffnet
9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Anatomisches Museum
Dienstags für Damen.
Passage-Theater:
Der Haarathlet Sascha und 15 erstklassige Debuts.
Vorstellung 7-10 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.
Um 9 Uhr abends:
Im Reiche des Indra.
Eine Fahrt durch die indischen Wundergärten.
Um 1 1/2 Uhr: **La Fagette.** Schwestern Serial. Dell Oro.
Acquamarino. Hill u. Hüll, Diamantine, Ephraim Thompson, Dagmar Hansen etc. etc. etc.
Der Kosmograph. neueste Aufnahmen aus dem Transvaalkriege.
Anfang 1 1/2 Uhr.
Vorverkauf im Theater von 10 bis 1 Uhr, sowie im Invalidendank u. Künstlerdank.

Cirkus Schumann.
Heute, Freitag, den 9. Februar cr., abends 7 1/2 Uhr:
Zum 7. Male:
Dr. Faust.
Eine romantisch-phantastische Handlung in 3 Akten mit teilweise Benutzung des Heinrich Heineschen Tanzpoems gleichen Namens und des Simrock'schen Volksbuches, von August Staud. In Scene bringt vom Director Albert Schumann und Hof-Opernsänger Stiens. Regie Ballettsmeister Heisinger. Musik von Meyer.
1. Akt: Im Studierzimmer des Dr. Faust.
2. Akt: Ein Schützenfest im 16. Jahrhundert. Einführung des Dr. Faust.
3. Akt: Die Herzogin von Parma i der Hensensabbat auf dem Blockberg.
Fausts Höllenfahrt.
Sonntag: 2 Vorh. Nachm. 3 und abds. 7 1/2 Uhr. Nachm.: Im Weibnachtsbazar, abds.: Dr. Faust. Nachm. 1 Kind frei.

Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger
Anfang:
Montags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entrée 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.
Vereinszimmer, 23045
50 Personen, einen Tag in der Woche und Sonntag zu vergeben. (Reine Bäder.) **Neue Hochstr. 49.**

Der Verein Berliner Kolonialwaren-Händler hat es für die Pflicht des Detailhändlers erklärt, das bisher unter dem Namen **Diamant-Salonöl** bestbekannte amerikanische Sicherheits-Petroleum (jetzt gesetzlich geschützt) unter No. 41 841 als 2264b
Urania-Salonöl
im Interesse des kaufenden Publikums einzuführen und dasselbe zu empfehlen, um die Missbräuche, welche mit den Bezeichnungen Salonöl und Salon-Petroleum getrieben werden, zu beseitigen.
Man fordere deshalb beim Einkauf nur das obige wasserhelle und gesetzlich geschützte Urania-Salonöl.

Anker Brikets
Anerkannt vorzüglichste Qualität.
In jeder besseren Kohlenhandlung zu haben.



Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Gottfried Preuß
am 7. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Richthofes in Kreuzberg bei der Leichenhalle des Thomaskirchhofs aus statt. (23036)
Die trauernden Hinterbliebenen.
Nach 7-jährigem Krankenlager verschied der ehemalige Schreinermeister, Steinmetz (23036)
Erangott Klösch,
im 72. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am 10. cr., vormittags 9 Uhr, vom Central-Friedhof aus statt. Dies zeigen tiefbetrübt an
Die Hinterbliebenen.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Louise Görlich, geb. Kropp, am 8. d. M. nach längerem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofs aus statt. (23036)
Die trauernden Hinterbliebenen.
Nach 7-jährigem Krankenlager verschied der ehemalige Schreinermeister, Steinmetz (23036)
Erangott Klösch,
im 72. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am 10. cr., vormittags 9 Uhr, vom Central-Friedhof aus statt. Dies zeigen tiefbetrübt an
Die Hinterbliebenen.

Central-Verband
der
Maurer Deutschlands.
Filiale Berlin II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 7. Februar unser Verbandskollege
Hermann Warnke,
im Alter von 38 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr auf dem Charité-Friedhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
1369

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und der herrlichen Kranz spenden bei der Beerdigung meines Mannes, des Restaurateurs
Wilhelm Schugardt
sage ich allen, die um das letzte Geleit gaben, meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Wilhelmine Schugardt, geb. Flohr.

Dankfagung.
Allen Freunden und Bekannten so wie dem Gesangverein „Wacht am Rhein“ für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Louise Zillmann
geb. Lisch meinen herzlichsten Dank.
Karl Zillmann nebst Kindern.

30 Mark!!!
elegante
Herren - Anzüge
nach Mass
30 Mk.
hochfeine
Sommer-Paletots
nach Mass.
Für 10 Mark hochelegante Beinkleider nach Mass. (3603L)
guter Stoff, tadelloser Sitz,
Riesentofflager
14 Krausenstrasse 14,
1 Tr. Kein Laden. 1 Tr.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Fräulein.**
Schauspiel in 4 Akten von F. v. Schiller und Ferd. Kunkel.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Fräulein.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
7. Vorstellung im Schiller-Colonn:
Die Jungfrau von Orleans.
Abends 8 Uhr:
In Behandlung.
Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die kleine Excellenz.
Operette in drei Akten von Richard Heuberger.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Morgen und folgende Tage: Die kleine Excellenz.
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: **Der Bettelstudent.**
Operette von E. Willäder.
W. Noacks Theater,
Brunnenstr. 16.
Heute, Freitag, den 9. Februar:
Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.
Sonntag:
Große
Extra-Theater-Vorstellung.

Verkäufe.
Passend für Parteilosen Rekonstruktion, 7 Jahre in einer Hand, krankheitslos sofort zu verkaufen. Anzahlung bei Hand, Restzahlung 90.
Untergebendes Material, Oefen und Gemüsegarten krankheitslos sofort zu verkaufen. Anzahlung 20, Restzahlung 80.
Baukasten, Mitte 12. Markt, an der Hauptstr. von Hertenwerder nach Bergfelde gelegen, verkauft Bloßfeld, Dammstr. 21. 763.
Gartenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 7118.
Möbel, bar und Teilzahlung, billig. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Königsdorferstr. 2678.
Vorjährige elegante Herrentafel und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Weinlandhaus Germania, Unter den Linden 21 II. 7352.
Kanzleibücher, trockene Bücher, edler Stamm, verkauft billig. Wilmstr. 20, vom II. 7358.
Häuten, Goldwaren Teilzahlung, Befehlsungen brüchlich. Louis Bader, Hauptstr. 92. 2288.
Zurückgegebene Damenwäse, angelegentlich Rekonstruktion, sehr billig. Damenwäse mit hübscher Handstickerei von 1,20 an, ebenso Damenhosen, Neuzug, Wäsche, Sonntag, Alexanderstr. 30, I. Vorderhaus.

Kleine Anzeigen.
Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.
Stoppdecken am billigsten Jahrl. Große Frankfurterstr. 9, parterre. 7118.
Zopf (pfeifens) billig. Schme, Bergmannstr. 107, vom IV. 7220.
Ruhbauwäse, ganze Wäse, aus einzeln, postfähig. Söfener, str. 38, vom II. rechts. 62K.
Kanarienvögel und Weibchen verkauft billig. Schöneberg, Hauptstr. 90. 2290.
Rahmen für Bilder, ohne Anhang, modernste 1 Mark. Postfach 10, Kottbus, Kottbus, Bergstr. 35. 2290.
Wegen Todesfall Schlosser Spezialartikel, 30 Jahre bestehend, aus demnachfolgend, zu verkaufen. Adressen: Reul, Dammstr. 42. 7192.
Kanarienvögel (garantierter Vögel), 4 Mark an, Alexanderstr. 8. 121, 10.
Vermischte Anzeigen.
Elektrotechnik. Neuer Abendkurs. Nation, Alte Jakobstr. 24.
Angukabad. Köpenickerstr. 60. Jeder der Art für sämtliche Krankheiten. 388.
Elektrotechnik 12. Februar.
Häuten repariert Wilhelm Fried, Wilmstr. 20, vom II. 7145.
Elektrotechnik Nation.
Kunstkopfer von Frau Kolof, Steinmeyerstr. 48, Curgedäude, hoch parterre. 61R.
Elektrotechnik. Anmeldungen zum neuen Abendkurs bis 12. Februar. Nation, Alte Jakobstr. 24.
Möbel. Wirtschaften, koste Möbel, gefällig. Kaufstr. 30. 338.
Elektrotechnik Nation. 2290.
Vereinszimmer empfiehlt Herr, Alte Jakobstr. 119. 228K.
Elektrotechnik 12. Februar.
Wandgarderobe. Damen, Herren, große Auswahl sonstiger Anzüge billig. Räder, Albrechtsbergstr. 62. 7145.
28. Stromstr. 28, Sonnabend, den 10. Februar 1900, Großer Wiener Wäseball, wozu ergeben einladet H. Schöfer. 7136.
Waldvogel kauft Vogelhandlung, Alexanderstr. 8. 121, 11.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Buchbinder, 25jährig, sucht Stellung in Buchdruckerei, eventuell bei Nachbeschäftigung als solcher, als Bericht erstatter. Eintritt Mitte 15. März erfolgen. Gefällige Offerten erbeten unter W. S. postlagernd Postamt NO. 43.
Stellenangebote.
Tüchtige Farbmalger werden verlangt. Gausstr. 82, Post III. 7118.
Wir haben tüchtige Drehteller Otto Grund u. Co., Firmenbucher, Berlin, Wilmstr. 3. 2290.
Nachrichtener, tüchtiger, welcher auch Zeitung machen kann, sucht. Schöneberg, Hauptstr. 11. 2290.
Kanzleibücherin verlangt. Otto, Berlin, Hauptstr. 42. 7122.
Geübte Holzgerinnen verlangt. Walter, Dammstr. 21-22. 73015.
Ein junges Mädchen (Anderthalb), welches zu Hause bleibt, verlangt. Müller, Kaufstr. 25. 22911.
Karton Arbeiterinnen, geübte, auch Schrauberinnen, verlangt. Räder, Räderstr. 7. 2287b.
Zingerverein verlangt. Dammstr. 11, Negerstr. 25. 67.
Tüchtige, tüchtige Arbeiterinnen auf Stoff-Anpassung mittleren Grades, die bei besonderer Ausführung Vollen leisten können, finden sofort dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitslohn. Meldungen unter Vorlage von Probearbeit bei Opler u. Hübnermann, Alexanderstr. 47/48, II. 2295b.
Knabenkleider Arbeiterinnen, Wäse und Wäsche auf Wäse/Anpassung und Aufhängen verlangen mit Probearbeit. Hübnermann u. Opler, Alexanderstr. 47/48, II. 2295b.
Mädchen, Näherinnen, Unterwäsche, verlangt. Schul, Große Frankfurterstr. 14. 7118.
Kräftiges, älteres Dienstmädchen, 10 Mark, verlangt. Schul, Große Frankfurterstr. 14. 7118.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptredaktion Dammstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.
Im Arbeitsmarkt durch belandenen Druck vorangeordnete Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.
Betriebs-Werkstatt.
Wunsch auf Jodette, hoher Lohn, Jahressgehalt, das ganze Jahr Arbeit, berl. N. Lan, Thurnstr. 11, I. Vorderhaus. 2290.
Möbelpolierer!
Seit dem 4. Dezember sind die Kollegen der Labors, Wilmstr. 27, Kottbus, im Ausland. Zugzug fernhalten. 145.
Der Vorstand des Verbandes.
Achtung, Holzarbeiter!
In der Möbelfabrik von Baugarten, Friedrichsberg, Dammstr. 27, haben sämtliche Tischler wegen Abzugs die Arbeit unterbrochen.
Zugzug fernhalten.
Die Cribberverwaltung.
Achtung! Drechsler!
Von d. Wäse/Anpassung des Fabrik u. Comp., Wilmstr. 29, Goldschmidt u. Comp., Wilmstr. 40, Kottbus u. Hübnermann, Alexanderstr. 7, II, Zugzug fernhalten.
Die Cribberverwaltung.

Lokales.

Wahlung, 6. Wahlkreis. Am Sonntag findet Kolbergstr. 23 eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Dr. Alfred Verneisen referieren wird. Näheres siehe heutiges Inserat. Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen ersucht Die Vertrauensperson.

Die Stadtverordneten-Versammlung nahm in ihrer gestrigen Sitzung offizielle Kenntnis von den Urteilen des Bezirksauslaufes bezug des Oberverwaltungsgerichts in Sachen des Friedhofs der Märzgefallenen. Die Neue Fraktion der Linken und die sozialdemokratische Fraktion gaben durch die Stadtverordneten Hieslow und Pfannkuch die Erklärung ab, daß auch sie mit dem Beschluß des Magistrats, kein neues Bauprojekt mehr vorzulegen, einverstanden seien; die Verhandlungen in dieser Angelegenheit würden hoffentlich dafür gesorgt haben, daß die Erinnerung an die Märzgefallenen auch ohne Denkmäler fortlebe. Unser Genosse Pfannkuch hob nachdrücklich hervor, daß es den Arbeitervertretern im Roten Hause selbstverständlich auf eine Ehrung des Andenkens der Märzgefallenen angekommen sei; die Verhandlungen hätten zugleich das Gute gehabt, daß von dem Gefühl dankbarer Erinnerung an die Märzgefallenen, das das arbeitende Volk stets besetzt habe, auch etwas auf die bürgerliche Gesellschaft übergegangen sei. Von anderer Seite wurde eine weitere Debatte nicht beliebt. Der Vorsitzende dankte dem Hieslow, der ihm mit diesem „Kompliment“ versetzt wurde, stillschweigend ein.

Eine längere Debatte knüpfte sich an einen Antrag Lüben, mit dem Magistrat in gemeinsamer Deputation darüber zu beraten, wie der Wiederholung der bekannten Vorkommnisse in der Schanzkalle auf dem Schlachthofe künftig vorzubeugen sei. Der Magistrat lehnte durch Stadtrat Hübner und Oberbürgermeister Rischner jede Verantwortung für diese Vorkommnisse ab. Unser Genosse Wille machte die städtische Verwaltung insofern dafür verantwortlich, als die Stadt die Verwertung des beschlagnahmten Fleisches überhaupt nicht an einen privaten Unternehmer hätte verpachten dürfen. Die Stadt solle die Sache in eigene Regie übernehmen, weil nur so eine hinreichende Sicherheit gegen Mißbräuche gegeben sei. Der Antrag Lüben wurde angenommen.

Die Neuordnung der Gemeindeful-Verien will die Versammlung, obwohl für dieses Jahr bereits eine endgültige Festsetzung erfolgt ist, in einem Ausmaß noch näher prüfen.

Neuwahl in der Tischler-Zunft. Wie wir bereits in unserer Nummer vom letzten Mittwoch mitteilten, sind gegen die am 22. Januar er. vollzogene Wahl der Delegierten zur Zunftversammlung zwei Wahlprojekte bei der Gewerbe-Deputation des Magistrats eingereicht worden. Bekanntlich sind die von der alten Zunft und den mit ihr verbundenen Vereinen aufgestellten Kandidaten nur mit geringer Majorität gewählt worden. Es sind aber bei der Wahl einige Verträge und Wahlprotesten vorgekommen, u. a. hat sich ein Vorstandsmitglied der alten Zunft herbeigelassen, nicht wahlberechtigten Personen Wahllegitimationen auszuhandigen, auf Grund deren sie zur Wahl zugelassen wurden. Ferner wurde das Wahlscheitern dadurch illusorisch gemacht, daß von der alten Zunft und ihrem Anhang außerhalb erkennbarer Stimmzettel benutzt wurden. Diese und andere Verträge veranlaßten die Gewerbe-Deputation in ihrer Sitzung am Mittwoch, die Wahl für ungültig zu erklären und die Vornahme einer Neuwahl anzuordnen.

Die Gegner der Zunftzersetzung werden also gut thun, sich rechtzeitig zum erneuten Wahlkampf zu rüsten und die Indifferenten, deren Zahl leider noch allzu groß ist, auf die Notwendigkeit ihrer Teilnahme an der Wahl aufmerksam zu machen. Bei der ersten Wahl sind weit über die Hälfte der Wahlberechtigten der Wahl ferngeblieben, während die Heiden vom Zunftgöpp vollzählig erschienen waren.

Ein neues Speisewagen-Unternehmen. Die „Große Berliner Centralküche“ hat gestern den Betrieb aufgenommen. Die Wagen, die durch Trompetensignale angekündigt wurden, verkehrten gestern im Norden und Osten der Stadt. Sie tragen über einem doppelwandigen Kessel einen zum Niederklappen eingerichteten Schlot. Die Speisen — das warme Gericht bestand gestern in Erbsen, Kartoffeln und Schweinefleisch — werden durch heißes Wasser warm gehalten. Zwei Mitfahrer in grauen Uniformröcken mit roten Abzeichen besorgen die Ausgabe der Speisen in die bereit gehaltenen Gefäße. Der Preis ist 10 Pf. für 1 Liter. Der Speisewagen wurde vielfach von Frauen wie von Arbeitern größerer Fabriken in Anspruch genommen. Ohne Zweifel entspricht ein solches Unternehmen den Bedürfnissen einer Zeit, in der der Kapitalismus die Arbeiterfrau für sich in Anspruch nimmt und als systematischer Zerstörer des hergebrachten Familienlebens sie mit starkem Arm an der Erfüllung der häuslichen Pflichten hindert. Es kommt natürlich ganz darauf an, daß ein solches Unternehmen hält, was es verspricht, daß es, was sehr wohl auszuführen ist, für verhältnismäßig geringes Geld laubere und nahrhafte Kost liefert.

Robeitsvergehen. Eine Korrespondenz meldet: In der Zehlendorfer Forst, unmittelbar am sogenannten Nicolassee, hat am Mittwochmorgen ein blutig verlaufenes Duell stattgefunden. Die Gegner waren ein Junge des harmlosen-Prozesses, Lieutenant v. N. und der Rittergutsbesitzer Erich v. S., Offizier der Reserve. Gegen 8 Uhr bemerkte Waldarbeiter, daß mehrere in schwarz gekleidete Herren sich vom Bahnhof Zehlendorf nach dem Nicolassee zu bewegten, während in angemessener Entfernung ein eleganter Wagen folgte. Bald darauf vernahm man mehrere Schüsse. Einige Zeit später fuhr die Kutsche in langsamem Tempo nach Zehlendorf, um Lieutenant v. N., der schwer verwundet sein soll, zu einem Arzt zu bringen. Die Veranlassung zu dem Duell soll in einer Bemerkung liegen, die der Rittergutsbesitzer v. S. über angebliche intimere Beziehungen v. N.'s zu dem Fallschirmflieger Wolff gemacht hatte. Ueberdies soll v. N. zu der Frau v. S. in unerlaubten Beziehungen gestanden haben, eine Ehescheidungsfrage schwebt demzufolge seit einiger Zeit. Die Bedingungen des Zweikampfs sollen, wie verlautet, sehr schwere gewesen sein.

Wenn die Korrespondenz recht unterrichtet ist, so handelt es sich um zwei in der menschlichen Gesellschaft durchaus überflüssige Personen, jedoch der Schaden, abgesehen von dem beschossenen Pulver, auch in dem Falle zu ertragen wäre, daß beide Duellanten sich gegenseitig zur Strecke gebracht hätten. Ein gefährlicher Anflug bleibt das Duell natürlich bei alledem, da immer die Gefahr vorliegt, daß ein zufällig des Weges gehender Waldarbeiter oder ein anderer für den Stillschritt schwer zu entbehrender Mensch durch einen am Ziele vorbeigehenden Schuß verwundet oder gar getötet werden kann.

Ueber den Handel mit Reichstagskarten schreibt Paul Lindenbergs: Im Reichstagsgebäude stand die Fortsetzung der Beratung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung auf der Tagesordnung, das Wetter konnte nicht schlechter sein, Schnee- und Regenlauer prasselten hernieder, und wer nicht mußte, verließ gewöhnlich das schlingende Gehe. Wir mußten aber, denn ein Lieber, aus dem Auslande hier auf kurze Zeit weilender Freund wollte nicht Berlin verlassen, ehe er nicht einer Reichstags-Sitzung beigewohnt. In einer Drohschle erreichten wir kurz nach 12 Uhr den stolzen, weißleuchtenden Palast, und das erste war, daß uns zwei Willehädler Tribünenkarten anboten. Ich laschte sie aus, mein Freund wunderte sich. Wir kamen zur Kartenausgabe, dort hing ein gedrucktes Schild: „Die Tribünenkarten zur heutigen Sitzung sind ausgegeben“. Trotzdem trat ich zum Schalter: „Kann ich vielleicht

zwei Karten erhalten?“ — „Bedauere, alles ausgegeben!“ — „Bitte, ich habe hier ein Schreiben vom Direktor des Reichstags-Bureaus, in welchem es heißt: „Ich bin mit Vergnügen bereit, Ihnen Zutritt zu den Tribünen in jedem einzelnen Fall nach Möglichkeit zu gewähren.“ Der Beamte prüft das Schreiben: „Ja, dann kann ich Ihnen gerade noch eine Karte geben“, und er schreibt Name, Stand, Wohnung auf. Nun, wir erhielten noch durch Zufall eine zweite Karte, unterdessen sollten mehrere Droschken vor, ihre Insassen und Insassinnen aber, sichtlich Besucher aus der Provinz, lehrten sofort enttäuscht um, denn auch sie erfuhr, daß die Karten zur heutigen Sitzung ausgegeben seien. Oben gaben wir Hüte und Mäntel ab. „Es ist wohl sehr voll?“ fragte mein Freund die hilfsbereiten Diener. „I bewahre, so viel Platz giebt's ja gar nicht.“ — „Aber unten verweigert man doch die Karten?“ — „Ja, unten“, und die Diener lachten höflich. Um es kurz zu machen: als wir bald nach ein Uhr die Tribüne betraten, waren etwa zwölf Plätze besetzt, eine Stunde später zählte man auf sämtlichen Tribünen höchstens dreißig Personen, über zweihundert Plätze waren leer! Jetzt laschte mein Freund, und ich wunderte mich.

Uns will scheinen, daß der Seniorensenat des Reichstags alle Ursache hätte, solchem empörenden Unfug ein Ende zu machen. **Zehn Pariser Stadtverordnete**, der Präsident Champrudy und die Herren Cadoux, Caplain, Drest, Chivroux, Monhette, Opportun, Raffet, Rudier und Daniel weilen zur Zeit in Berlin, um die hiesigen städtischen Einrichtungen kennen zu lernen. Sie sind von Hamburg hierher gekommen und werden einige Tage hier verweilen und später auch andere deutsche Städte besuchen.

Eine längere und empfindliche Verkehrsstörung entstand gestern vormittag durch den Abbruch eines mit 300 Paketen beladenen Postwagens an der Ecke der Koch- und Wilhelmstraße. Der Postwagen blieb gerade auf den Straßenbahnspuren liegen und konnte, da er unzufällig drohte, erst weggeschafft werden, nachdem man ihn ausgeladen hatte. Das nahm beträchtliche Zeit in Anspruch, und nicht nur der Straßenbahnverkehr, sondern auch der übrige Verkehr erlitt eine empfindliche Störung, wovon auch königliche Wagen betroffen wurden.

Eine Goldklumpengeschichte beschäftigt die Kriminalpolizei von Spandau, Charlottenburg und Berlin. Am Sonnabend erschien im Laden des Uhrmachers Fielich in Spandau eine etwa 35-jährige, als Markthändlerin gekleidete Frau und fragte, ob man ein Stück altes Gold kaufen wollte, und zeigte einen kleinen Goldklumpen vor. Dem Uhrmacher, der den Wert des Stückes erkannte, kam die Sache verdächtig vor. Um die Fremde zu weiteren Verhörungen zu veranlassen, bot er ihr einen geringen Betrag, worüber die Frau sehr entrüstet wurde; sie erklärte, das sei echtes Gold, woraus Zwanzigmarkstücke gemacht würden; auf die Frage, wo sie es her habe, erwiderte sie, das habe ihr Schwager eingeschmolzen. Der Uhrmacher schloß den Kauf nicht ab, sondern benachrichtigte, nachdem die Frau sich entfernt hatte, die Kriminalpolizei, die sogleich unter den auf dem Wochenmärkte befindlichen Händlern einen Nachforschungen anstellte. Die Frau wurde bald ermittelt; sie befand sich mit einem Mann, ihrem Bruder, bei einer Wurstbude, die ihr Eigentum war. Beide wurden festgesetzt. Im Besitz des Mannes wurden noch ein paar ähnliche Goldklumpen vorgefunden. Es wurde festgestellt, daß der Mann, der Händler Rudolf Schenk aus Charlottenburg, schon seit mehreren Jahren mit seiner Schwester den Wochenmarkt in Spandau besucht. Schenk wurde verhaftet. Die Goldklumpen sollen von seinem Schwager in Berlin hergebracht. Die Spandauer Polizei meldete den Vorfall sofort nach Charlottenburg, dort wurde in der Wohnung des Schenk eine Durchsuchung vorgenommen, wobei auch eingeschmolzenes Gold vorgefunden sein soll. Dem Vernehmen nach ist inzwischen auch die Schwester Schenk verhaftet worden. Die Berliner Kriminalpolizei dürfte sich inzwischen schon mit dem Schwager beschäftigt haben.

Wieder ein Kind verbrüht. Die Frau des Arbeiters Raay aus der Straßburger Allee 22 wusch am Freitag voriger Woche in der Küche einige kleine Stücke, während ihre beiden Kinder, der vierjährige Hans und das zweijährige Gretchen, um sie herumspielten. Als die Frau sich nach der Wasserleitung umwandte, um einen Eimer lautes Wasser zu holen, stieg hinter ihrem Rücken der Knabe das Mädchen in eine Wanne, die mit heißem Wasser gefüllt, auf dem Fußboden stand. Das Kind verbrühte sich am Rücken und am Gesicht schwer, daß die Ärzte es nicht mehr retten konnten. Gestern wurde es auf dem Markus-Kirchhof in Wilhelmshagen beerdigt.

Ein hartnäckiger Selbstmörder war der 20 Jahre alte Eisenbahnbetriebsdiener Ernst Freilicht, der sich gestern in seiner Wohnung erschossen hat. Der junge Mann wohnte bei einer Frau W. in der Solmsstr. 31. Schon seit Wochen zeigte er Spuren einer hochgradigen Nervosität. Einmal kam seine Wirtin dazu, als er bereits den Revolver auf sich gerichtet hatte, und entriß ihm die Waffe. Er erklärte ihr nun, daß er unter allen Umständen zum Ziele kommen werde; sollte sie ihm aber noch einmal Hindernisse bereiten, so werde er zunächst sie aus dem Wege räumen. Die Frau flüchtete nun ihrem Mieter. Gestern mittag kam F. vom Dienst nach Hause und war wieder sehr aufgeregt. Er ging sofort in sein Zimmer und schloß sich ein. Nichts Gutes ahnend verurteilte Frau W., ihm zu folgen, erneute Drohungen aber schreckten sie ab. Bald darauf hörte sie im Zimmer zwei Schüsse fallen. Der Wirt holte die Polizei, und als man nun mit Gewalt eindrang, fand man F. blutüberströmt und regungslos auf dem Fußboden liegen. Ein Arzt konnte nur noch feststellen, daß der Tod bereits eingetreten war.

Langjährige Unterschleife in einer Fabrik für Glaserdiamanten vor dem Rosenthaler Thor sind aufgedeckt worden. Hierzehn Personen sollen sich in dieser Affaire als Stehler und Helfer vor dem Richter zu verantworten haben. Der Reichshof befreit seinen Verlust auf 30 000 M. Etwa 50 Personen sind bereits als Zeugen vor dem Untersuchungsrichter vernommen worden.

Ein „schwerer Junge“, der Drechsler Karl Schrey, der vor einem Vierteljahr aus der Strafanstalt zu Ploßensee entwichen war, ist jetzt von der Kriminalpolizei wieder eingekerkert worden. Schrey, der in seinen Kreisen als Drechsler „Karl“ bekannt ist, hatte noch 4 1/2 Monat zu verbüßen, als es ihm gelang, aus dem Gefängnis zu entfliehen. Bisher war er den Nachforschungen der Polizei entgangen, obwohl er sich beständig in Berlin aufhielt. Vorgefunden wurde er bei einer Streife in einer „Kaschemme“ der Landbergerstraße ergriffen, als er gemächlich beim Stas saß. Seinen früheren Verbrechen hatte er sehr zu seinem Vorteil verändert. Sogar Prügelringe blühten an seinen Fingern.

Die Anschauungen über Electricität hieß der Vortrag, den Professor Dr. Budde am Donnerstag in der Urania hielt. In klaren und auch dem Laien verständlichen Worten skizzierte der Redner die Erfolge, welche das Streben nach Erkenntnis auf dem Gebiete der Electricität hervorgebracht hat. Weber, Gauß, Faraday und Maxwell wurden gewürdigt, worauf des großen Fortschritts gedacht wurde, der darin liegt, daß Herr auf dem Wege des Experimentes die Möglichkeit der Rechnung festgestellt, daß für die Fortbewegung des Lichts und der Electricität der Lichtstrahl als gleiches Medium dient. Unter den dann von Herrn Professor Budde vorgestellten Experimenten erreichten vor allem die Interessen, welche die Eigentümlichkeiten der Kathodenstrahlen veranschaulichten.

Weitere Experimente im Lenordischen Beobachtungsraum lehrten, daß die Kanalstrahlen positiv sind und das Atomgewicht der Metalle besitzen, von welchen sie ausstrahlen, während die Kathodenstrahlen negativ sind und ein Atomgewicht haben, das dem tausendsten bis sechshundertsten Teil eines Wasserstoffatoms gleichkommt. Diese Experimente scheinen die Richtigkeit der Weberischen Theorie zu bestätigen, wonach die positive Electricität fest am Metall haftet, während die negative Electricität sich frei zwischen den Molekülen bewegt. Eine gewaltige Masse von Arbeit,

so schloß Herr Prof. Budde, harzt noch der Forscher, und es wäre schon ein Erfolg, wenn im Verlauf der nächsten fünfzig Jahre die Probleme ihrer Lösung näher gebracht wären, die namentlich durch die neueren Entdeckungen der Wissenschaft gestellt sind.

Feuerbericht. Ein größerer Zimmerbrand entstand Donnerstagnachmittag im vierten Stock des Hauses Solmsstraße 17. In Abwesenheit der Mieter hatten aus nicht ermittelter Ursache Kleider und Möbel Feuer gefangen, und die dabei erzeugte Rauchentwicklung verursachte unter den Hausbewohnern große Unruhe, weshalb auch die eingetroffene Feuerwehre sofort über die mechanische Leiter vordrang, um die Leute zu beruhigen. Der Brand konnte mittels eines Rohres gedämpft werden. — Ein weiterer Zimmerbrand war vormittags Oranienburgerstraße 27 abzulösen. Hier wurde der Fußboden und Mobiliar eingekerkert. — Augsburgerstraße 23 ging Gerimpel in einem Keller in Flammen auf. — Früh 4 Uhr hatten Prinz Albrechtstraße 9 in einer Scheuer verkrast Regale, Bretter und Papptafeln Feuer gefangen, das aber große Ausdehnung nicht erlangte. — Gegen Morgen hatte die Behr längere Zeit zu thun, um Alte Jakobstraße 6 einen Schälbeden- und Balkenbrand zu beseitigen.

Aus den Nachbarorten.

Partei-versammlungen in den Vororten. Für Klein-Schönebeck und Fichtenau findet am nächsten Sonntag nachmittag 3 Uhr im Restaurant Hüpenbender eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Sonnenburg über die Aufgaben der Socialdemokratie in der Gemeindevertretung referieren wird. Die Gemeindevertretung, der Prediger und die Lehrer sind zur Versammlung eingeladen. — Waldmannslust. Am Sonntag ist eine Mitglieder-versammlung des Wohlvereins bei Streckendach. Pantow spricht über Volksschule und Junfermann in Freuchen. — Ober-Schöneweide. Die Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins findet am Sonnabend 1/2 Uhr bei Seffel, Siemensstraße 2 statt.

Die Märkische Lokomotivfabrik in Schlachtensee, die schon längere Zeit nicht mehr in Betrieb war, soll nun auf Abbruch verkauft werden. Die Fabrikgebäude waren erst 1891 errichtet worden.

Gerichts-Beilage.

Verfluchter Socialdemokrat, Heher, Anarchist, Brandstifter! So schimpfte der Fabrikbesitzer Friß Dopp, als der Arbeiter Weinberg eines Tags vor der Dopp'schen Fabrik ruhig und pflichtgemäß an die Arbeiter gedruckte Einladungen zu einer Metallarbeiter-Versammlung verteilte. Diese Zettelverteilung ist schon zweimal Gegenstand einer Klage gegen Weinberg gewesen. Einmal hat ihn Dopp wegen groben Unfugs denunziert, aber trotz der bekannten Dehnbartigkeit des Unfug-Paragrafen seinen Erfolg erzielen können. Weinberg wurde damals freigesprochen. Dann verurteilte es Dopp mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch, und diesmal hatte er den Erfolg, daß Weinberg verurteilt wurde. Am hatte Weinberg wegen der zu Anfang aufgezählten rohen Schimpfworte die Privatbeleidigungsklage gegen Dopp eingereicht, die am Donnerstag vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Dopp verteidigte sich sehr manhaft. Er will die „verfluchten Socialdemokraten, Heher, Anarchisten“ etc. nur im allgemeinen, nicht aber Weinberg persönlich mit seinen schmeichelehaften Ausdrücken beschimpft haben. Wie leicht Dopp durch den bloßen Gedanken an die Organisationsbestrebungen der Arbeiter in hochgradige Erregung kommt, davon legte er vor Gericht eine bezeichnende Probe ab. In seiner Verteidigungsrede suchte er dem Gericht klar zu machen, daß die über ganz Deutschland verbreiteten socialdemokratischen Organisationen die „gefährlichen Dinger“ seien, denen der Garaus gemacht werden müsse. Dopp sprach weiter davon, daß seine Fabrik, weil in ihre Ruhe und Frieden hersehe, von den „Hehern“ systematisch belagert werde. In geheimen Lokalen seien geheime Versammlungen abgehalten worden, um die ruhigen Dopp'schen Arbeiter anzuköhen. Aber er, Herr Dopp, habe die Polizei auf die im Finstern schleichenden Heher aufmerksam gemacht und dadurch weiteres Unheil verhütet. In dieser Weise floß der Redestrom des Herrn Dopp dahin, zum Entsetzen der auf den Beginn der nachfolgenden Sachen wartenden Anwälte. Vergeblich waren die energischen Bemühungen des Vorsitzenden, den Redefluß des Angellagten auf die vorliegende Angelegenheit zu beschränken. Herr Dopp ging sogar so weit, die Zeugen, welche seine Behauptungen nicht bestätigten, in ziemlich deutlicher Weise des Meineides zu bezichtigen: ein Verhalten, welches der klägerische Anwalt Heine mann bei der Strafabmessung als erschwerenden Umstand zu berücksichtigen ersuchte. — Das Gericht kam auf Grund der Zeugenansagen zu der Ueberzeugung, daß der Angellagte die beleidigenden Worte sowohl im allgemeinen, als auch mit Beziehung auf den Kläger gebraucht, diesen also öffentlich beleidigt hatte. Mit Rücksicht auf die Erregung, in der sich der Angellagte befand, hielt das Gericht eine Geldstrafe von 20 Mark für angemessen.

Somit ist also Herr Dopp noch recht milde davon gekommen. Weniger glimpflich wäre es wohl dem Arbeiter Weinberg ergangen, wenn er den Unternehmer Dopp unter den gleichen Umständen etwa mit Ausdrücken wie: Verfluchter Kapitalist, Ausbeuter, Fabrikproy etc. belegt hätte.

Der Prozeß Armin und Genossen in Stettin brachte am Donnerstag die Vernehmung des Angellagten Weder. Dieser bekennt auf Befragen des Vorsitzenden: Er sei Mitglied des Aufsichtsrats und zeitweise stellvertretender Vorsitzender gewesen. Er sei als königlicher Beamter ausgebildet worden. Er sei lange Zeit im Oberpräsidium der Provinz Pommern als Expedient beschäftigt gewesen. Als er aus dem Staatsdienst ausgeschieden sei, habe er verschiedene große industrielle Unternehmungen geleitet, zu diesen habe unter anderem die Portland-Cementfabrik und die Victoria-Bräuerei gehört. Von der praktischen Buchführung habe er keine Kenntnis, er sei infolgedessen nicht in der Lage gewesen, die Richtigkeit der Bilanzen zu prüfen. — Auf Befragen seines Verteidigers, Justizrat Rüchendorf, bemerkt der Angellagte Weder noch: Er sei seit 20 Jahren Stadtverordneter in Stettin und gehöre seit Jahren den verschiedensten Kommissionen, wie der Steuer-Veranlagungs-Kommission usw. an. Er sei außerdem Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Armenpflege-Vereins und sei Mitglied bezw. Vorstandsmitglied einer Reihe weiterer Wohltätigkeitsvereine. Er habe, außer als Aufsichtsratsmitglied der National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft, von seiner Seite niemals eine Entschädigung erhalten. Seine Entschädigung von dieser Gesellschaft habe im Durchschnitt jährlich 800 M. betragen. Er erklärt sich für nichtig und schreibt den größten Teil der Verfehlungen dem Angellagten Tyhm zu, der in jeder Beziehung die Gesellschaft geschädigt habe.

Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung wurde am Donnerstag vor der hiesigen Strafkammer in der Berufungsinstanz der Eisenw. A. zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt, nachdem die erste Instanz auf eine gleiche Strafe erkannt hatte. A. soll einen „Arbeitswilligen“ gedroht haben, daß sein Name in der Fachzeitung bekanntgegeben werde und andre Arbeiter mit ihm nicht zusammenarbeiten würden, da er ein Streikbrecher sei.

Wichtigste Verstärkung. Der Chefredacteur des „Satyr“ ber, wie wegen Verbreitung von Nr. 2 und 3, auch wegen Verbreitung der Nr. 4 des Blattes angeklagt war, ist gestern wiederum freigesprochen worden. Die Strafkammer war mit dem Verteidiger, Rechtsanwalt Ahlmann, der Ansicht, daß die inkriminierten Artikel von Nr. 4 des „Satyr“ nichts Anstößiges enthalten.

Table with market prices for various goods like wheat, flour, and oil. Columns include item name, quantity, and price.

Wangelnder Beteiligung und gänzlich fehlender Unternehmungslust nicht von Belang war, wurden Weizen und Roggen nom. 1 M. höher gehalten.

Table showing weather forecasts for various stations including Berlin, Hamburg, and other cities.

Erweitert pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern - Rotierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppelcentner.

Wetter-Prognose für Freitag, den 9. Februar 1900. Ein wenig kälter, zeitweise heiter, vielfach neblig bei schwachen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Briefkasten der Redaktion. Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung! MAURER. Achtung!

Freitag, den 9. Februar 1900, abends 8 1/2 Uhr: Volks-Versammlung im „Zwinemünder Gesellschaftshaus“.

Freitag, den 9. Februar, im Luisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37: Generalversammlung der Maurer Berlins u. Umg.

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung! Sonntag, den 11. Februar, abends 6 Uhr: Öffentliche Versammlung für Frauen und Männer im Kolberger Salon.

Große Betten 12 M. (Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigtem neuen Federwerk.

Achtung! Maurer. Achtung! Sonntag, 11. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, in Cohns Festhöl, Benthstr. 20-21: General-Versammlung der Zahlstelle Berlin II des Central-Verbandes deutscher Maurer.

Falbe, 44. Elsasserstr. 44. Behandlung aller Haut- u. Harnleiden ohne Berufshörung.

MAGGI versucht hat, wird diese vorzüglichen und billigen Produkte stets weiter verwenden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Freitag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Vertrauensmänner-Versammlung der Möbeltischler aller Branchen.

Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter. Freitag, den 9. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr: Öffentl. Versammlung in den „Andreas-Festhöl“, Andreasstr. 21.

Achtung! Zimmerer. Achtung! Central-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ortsliche Verwaltung Berlin). Montag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20: Mitglieder-Versammlung.

Freitagabend 8 1/2 Uhr, bei Stechert, Andreadstr. 21: Baden- u. Comptoir-Einrichtungsbranche Vertrauensmänner-Versammlung.

Verband der Sattler, Tapezierer und verw. Berufsangehörigen (Filiale Berlin II). Sonnabend, den 10. Februar, abds. 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Neue Köhlerstr. 3: Mitglieder-Versammlung.

Verband des Technischen Bühnen-Personals (Sitz Berlin). Sonnabend, den 10. Februar, abends 11 Uhr, Neue Köhlerstr. 3: Versammlung.

Sonntag, 11. Februar, 10 1/2 Uhr, bei Fischer, Deusselstr. 9: Bezirks-Versammlung.

Filiale II. Sonnabend, den 17. Februar, abends 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung.

Achtung! Achtung! Allgem. Ortskrankenkasse gewerbl. Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin. Am Sonntag, den 11. Februar 1900, vormittags 10 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20: Mitglieder-Versammlung.

Montag, 12. Februar, abends Punkt 8 Uhr, bei Panten, Frankfurter Allee 174: Bezirks-Versammlung.

Filiale III. (Einschneider und Kofferarbeiter). Dienstag, den 13. Februar, bei Rosl, Adalberstr. 21: Mitglieder-Versammlung.

Allgemeine Volks-Krankenkasse 126 in Liquidation. Versammlung am Sonntag, den 11. d. M., mittags 1 Uhr, Brunnenstr. 188.

Sonntag, den 11. Februar, vorm. 10 Uhr, im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. Nr. 15 c: Branchenversammlung der Telephonkasten-Tischler.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Sonntag, den 11. Februar, vormittags 10 Uhr, in „Feuerstein Salon“, Alte Jakobstr. Nr. 75: Allgemeine Versammlung der Heizungsmonteur, Rohrleger und Helfer.

Milch in pasteurisierten Flaschen, feil Hans 1 Liter 20 Pf. Kindermilch, 1 Liter 35 und 50 Pf. Schweizer-Hof, Inb. August Zeitner, Meierei- und Milch-Anstalt.

Charlottenburg. M. Schmerberg (34072) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter.

Natur-Heilverfahren. Haut-, Horn- u. Nasenleiden. Frauen-Krankheit. Heilt sicher ohne Berufshörung.

Hellenbrands Fest-Säle Hasenheide 52/53. Sonnabend, den 17. Februar cr.: Gr. Wiener Masken-Ball arrangiert vom Gesangverein Kreuzberger Harmonie.

Frauenleiden heilt mit vorz. Erfolg. Frau Grundmann, prakt. Naturheilkundige - Sprechst. im Frauenheidebad.

Schultze, Wasserthor-Str. 1/2. Behandlung aller Haut-, Nasen- und Harnleiden ohne Berufshörung.